

Haushalt 2024/2025

Oberbürgermeister

Dr. Frank Mentrup

25. Juli 2023

Das Manuskript seiner Rede zur Einbringung des Doppelhaushalts 2024/2025 ist von Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup in der hier vorliegenden Fassung freigegeben und uneingeschränkt zitierfähig - ebenso wie seine Ausführungen in der Gemeinderatssitzung am 25.Juli 2023!

Inhaltsverzeichnis

1. Karlsruhe in die Zukunft führen.....	3
1.1 Die Haushaltssicherung.....	3
1.2 Die soziale Stadt.....	5
2. Unsere Verantwortung für regionale Infrastruktur	9
2.1 Städtisches Klinikum.....	9
2.2 Die Verkehrsbetriebe Karlsruhe als Rückgrat des städtischen ÖPNV	11
3. Priorisierung tut Not.....	12
3.1 Mobilitätswende	12
3.2 Klimaanpassung	18
3.2.1 Energieleitplan, Energiequartiere	18
3.2.2 Fernwärme	19
3.2.3 Photovoltaik	19
3.2.4 Tiefengeothermie	20
3.2.5 Klimaallianz	21
3.2.6 Klimaneutrale Verwaltung	21
3.2.7 Klimakampagne.....	23
3.2.8 Hitzeaktionsplan – Plan°C	23
3.2.9 Grünflächen, Baumpflegebedarf und Spielplätze.....	23
3.3 Breitband.....	26
3.4 Zukunft Innenstadt.....	27
4. Verwaltung.....	29
4.1 Demografie und Arbeitskräftemangel	30
4.2 Die Stadt als Gemeinschaftsaufgabe	34
5.Fazit.....	37

1. Karlsruhe in die Zukunft führen

Ich möchte Ihnen und uns allen heute noch einmal in Erinnerung rufen, was ich als Ausblick meiner vergangenen Haushaltsrede am 19. Oktober 2021 gesagt habe: „So richtig es im zurückliegenden Jahrzehnt war, jeden zusätzlichen Euro umgehend in die Entwicklung der Stadt investiert zu haben mit Investitionen ins städtische Vermögen, zusätzlichen Dienstleistungen und neu oder erweitert übernommenen Verantwortlichkeiten zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und der Gäste unserer Stadt, so richtig ist es im nächsten Jahrzehnt, konsequent beginnend im kommenden Jahr, all das zu hinterfragen, auf das noch Mögliche oberhalb des absolut Nötigen zu beschränken und viele Aufgaben auf mehrere Schultern zu verteilen, um nicht dauerhaft und über Gebühr die Handlungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen einzuschränken.“

Die Lebensqualität und die Attraktivität in der Stadt wie auch die Chancen für jeden und jede einzelne sollten darunter nicht leiden, das sollte gleichzeitig unser Anspruch sein. Das erfordert eine veränderte Einstellung zur Stadt und ihren Aufgaben von Seiten der Bürgerschaft, aber auch eine kritischen Rollenreflexion in Verwaltung und Gemeinderat.

„Wir können nur das Geld ausgeben, das wir haben!“, dieser eherne Grundsatz zeigt auf, dass es nicht um Gut und Böse, sondern schlichtweg um den verantwortlichen Umgang mit einer Situation geht. Dazu lade ich die Bürgerinnen und Bürger, Sie als Gemeinderat und damit deren gewählte Repräsentant*innen, alle unsere Kooperationspartner*innen in allen Bereichen unserer Stadt, unsere Verwaltung und unsere Gesellschaften herzlich ein.“

Soweit mein Ausblick aus dem Oktober 2021. Was seinerzeit für den Doppelhaushalt 2022/23 galt, gilt nun für den Haushalt 2024/25 umso mehr. Gleichzeitig müssen wir die Schrauben noch stärker anziehen.

1.1 Die Haushaltssicherung

Die Haushaltsplanaufstellung bereits für das Haushaltsjahr 2021 hat uns vor Augen geführt, welche enormen Herausforderungen uns in den nächsten Haushaltsjahren erwarten. Aus damaliger Sicht mussten wir prognostizieren, dass wir den enormen Anstieg der Aufwandsseite nicht mehr nur durch höhere Erträge aus der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung ausgleichen können. Unverzüglich haben wir Gegenmaßnahmen eingeleitet. Wir haben einen „Haushaltssicherungsprozess“ aufgelegt, der in mehreren Stufen aufgebaut ist und der seitdem kontinuierlich im wahrsten Sinne des Wortes „jeden Stein umdreht“.

Erste Stufe

In der ersten Stufe wurden Bewirtschaftungsregeln wie „Ein Mehr an einer Stelle erfordert ein Weniger an anderer Stelle“ aufgestellt und es wurde damit begonnen, sich in Investitionskonferenzen mit der Fortführung der Investitionsmaßnahmen auseinander zu setzen.

Zweite Stufe / Zehn-Punkte-Programm

Bereits kurz darauf haben wir in einer zweiten Stufe praktisch noch für den Doppelhaushalt 2022/2023 mit weiteren Maßnahmen reagiert. Es wurden nicht nur die Bewirtschaftungsregeln weitergeführt, sondern auch noch Erhöhungen bei der Gewerbe- und Grundsteuer oder verschiedenen weiteren Gebühren umgesetzt sowie einzelne Bereiche pauschal reduziert (Zehn-Punkte-Programm). Bei den Investitionen mussten wir zwischenzeitlich auch rigider einschreiten und haben entschieden, dass nur die bereits begonnenen Projekte weiter ausgeführt werden.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat uns im Rahmen seiner Genehmigung für den Doppelhaushalt 2022/2023 dann noch weitere Auflagen erteilt. Seitdem dürfen wir im Blick auf unsere Investitionen nur noch maximal 200 Millionen Euro pro Jahr als Kredite aufnehmen. Ob dies auch für den kommenden Doppelhaushalt 2024/2025 Bestand hat, können wir noch nicht vorhersagen.

Konkret bedeutet das aber auch die unabdingbare Notwendigkeit, die Eigenfinanzierungskraft aus dem jährlichen Ergebnishaushalt heraus noch deutlicher zu stärken. Ein erster Schritt dazu ist, dass es gelingt, den Ergebnishaushalt mindestens ausgleichen, die Folgejahre müssen wir dann mit einen soliden Jahresüberschuss abschließen.

Dritte Stufe

In der dritten Stufe unseres Haushaltssicherungsprozesses haben die Mitarbeitenden der Fachämter mit Einbindung ihrer Fachdezernate zwischenzeitlich in zwei Teilen fast 300 Maßnahmen mit einer Gesamtsumme von rund 92 Millionen Euro erarbeitet – trotzdem erreichen wir den Haushaltsausgleich noch nicht. Zuletzt hat der Anstieg der Energie- und allgemeinen Verbraucherpreise, die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, die Inflation mit all ihren Auswirkungen auf Betriebs- und Personalkosten, aber auch die speziellen Belastungen aus den Beteiligungsergebnissen unserer städtischen Gesellschaften dazu geführt, den ursprünglich für den Doppelhaushalt 2024/2025 angestrebten Haushaltsausgleich doch noch nicht zu erreichen.

In einer Stadtverwaltung, mit einer schier unendlichen Aufgabenfülle, gepaart mit differenzierten Wünschen aus der Mitte der Bürgerinnen und Bürger, ist das Sich-Einschränken auf das Notwendigste kein Prozess, der von heute auf morgen umsetzbar ist. Alle, Gemeinderat und Verwaltung, müssen sich erst einmal daran gewöhnen, vor jeder Entscheidung noch stärker abzuwägen. Zwischenzeitlich wird es unabdingbar, Prioritäten zu setzen, was von uns allen schmerzliche „Entweder-oder-Entscheidungen“ abverlangt.

Hinsichtlich unseres kommunalen Aufgabenbündels haben die aktuell entwickelten Maßnahmen zur Haushaltssicherung aufgezeigt, dass ein „von allem ein bisschen weniger“ die Haushaltssituation durchaus verbessert. Über alle drei Stufen hinweg ist im gesamten Haushaltssicherungsprozess bis heute eine Summe von deutlich über 100 Millionen Euro zusammengekommen. Weitestgehend durch eine bottom-up Vorgehensweise, in dem die Fachbereiche Vorschläge erarbeiten, ohne jedoch deutliche

Einschränkungen bei den von ihnen geleisteten Aufgaben vorzunehmen. Wir sind an der Stelle angelangt, in der die „Zitrone ausgepresst“ ist.

Wie sollte die Zielrichtung eines zukunftsfähigen Konzepts sein? Ziel des Konzepts muss es sein, den Haushaltsausgleich nicht nur zu erreichen, sondern auch im laufenden Haushalt einen soliden liquiden Ertragsüberschuss zu erwirtschaften, der auch den größten Teil der notwendigen Investitionen finanziert und nur in Ausnahmefällen und ergänzend eine Kreditaufnahme notwendig werden lässt. Ein Ziel, von dem wir auch mit dem eingebrachten Haushalt 2024/25 noch weit entfernt sind.

1.2 Die soziale Stadt

„Die Lebensqualität und die Attraktivität in der Stadt wie auch die Chancen für jeden und jede einzelne sollten (darunter) nicht leiden.“ Das war unsere Prämisse über viele Jahre und Jahrzehnte. Das wird meine, das sollte unsere Prämisse bleiben. Was wir unter den jetzigen, deutlichst erschwerten Rahmenbedingungen brauchen, ist:

- mehr Mut - auch zu schweren, aber notwendigen Entscheidungen, sprich: Einschränkungen
- mehr Kreativität, wenn es darum geht, neue Wege zu suchen und – da bin ich sicher - zu finden.

Förderung von Chancengleichheit und Teilhabe aller

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Karlsruhe, unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialer Stellung die gleichen Chancen erhalten. Gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe ist zudem gesetzlich verankert (Junge Menschen; SGB VIII, § 1; Behinderungen: SGB IX, § 1; Pflege: SGB XI, § 2; Altenhilfe: SGB XII, § 71).

Die soziale Entwicklung in Karlsruhe lässt sich schlaglichtartig anhand folgender ausgewählter Kennzahlen beschreiben: Bedarfsgemeinschaften und Kinder im Bezug von SGB II-Leistungen, Inanspruchnahmen der Karlsruher Pässe, Wohnungslosenzahlen, Grundsicherung im Alter und Hilfe zur Pflege sowie Jugendhilfefälle. Aber auch finanzielle Entwicklungen wie die Beitragserhöhungen in Kindertageseinrichtungen sind Bausteine der sozialen Entwicklung.

Entwicklung von Bedarfsgemeinschaften im SGB II im Zeitraum 2017-2022

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Zahl der Bedarfsgemeinschaften	10.325	9.777	9.314	9.468	9.382	9.028

Ein Indikator für die Armutsmessung sind der Anteil der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger, die auf Leistungen nach dem 2. Sozialgesetzbuch (SGB II) angewiesen sind. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Bezug von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) hat im Zeitraum 2017 bis 2022 um über 14 Prozent abgenommen und beträgt im Jahr 2022 9.028 Bedarfsgemeinschaften. Bei einer kleinteiligen Betrachtung der vergangenen Monate seit Juni 2022 sind allerdings Zuwächse, bedingt durch die

Aufnahme von Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine, in das SGB II zu verzeichnen. Diese bilden sich jedoch noch nicht über den Jahresdurchschnittswert im Jahr 2022 ab.

Entsprechend gesunken sind im gleichen Zeitraum auch die Anzahl und der Anteil von Kindern im SGB II-Bezug. Waren im Jahr 2017 noch 4.370 Kinder im SGB II-Bezug, so hat sich deren Zahl kontinuierlich auf 3.396 Kinder im Jahr 2022 reduziert. Die SGB II-Betroffenheit von unter 15-Jährigen, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, ist seit dem Jahr 2017 zurückgegangen von rund 12 % auf 10 % im Jahr 2022.

Entwicklung Kinder unter 15 Jahren im SGB II 2017 -2022

Jahr	Entwicklung Wohnbevölkerung nach ausgewählten Altersgruppen: 0-15 Jahre	Anzahl Kinder u. 15 Jahre im SGB II-Bezug	Prozentualer Anteil von U 15-Jährigen im SGB II-Bezug an der Wohnbevölkerung unter 15 Jahren
2017	36.728	4.370	11,89 %
2018	36.838	4.079	11,07 %
2019	36.961	3.812	10,31 %
2020	36.308	3.683	10,14 %
2021	36.352	3.553	9,77 %
2022	36.793	3.696	10,04%

Die Karlsruher Pässe sind dabei ein wichtiger Baustein der sozialen Infrastruktur und der Angleichung von Teilhabechancen von jung bis alt. Die zahlenmäßige Entwicklung der Pässe verdeutlicht, dass diese während der Corona-Pandemie in den Jahren 2020/ 2021 weniger in Anspruch genommen wurden. Die deutlichen Zunahmen insbesondere des Kinderpasses im Jahr 2022 korrespondiert wiederum mit dem Zuwachs der Kinder im SGB II-Bezug im gleichen Zeitraum.

Karlsruher Pass/Kinderpass 2017-2022

Jahr	KA Kinderpass 0-17 Jahre	KA Pass 18-59 Jahre	KA Pass 60 Plus	KA Pass Gesamt
2017	5.204	9.799	2.334	12.133
2018	4.733	8.358	2.411	10.769
2019	4.315	7.996	2.487	10.483
2020	3.673	6.906	2.275	9.181
2021	3.647	6.068	2.306	8.374
2022	4.919	7.607	2.896	10.503

Wohnungslosigkeit

In den zurückliegenden beiden Jahren lag die Zahl der untergebrachten Wohnungslosen (Stichtag jeweils zum Monatsende) bei etwa 500 Personen; im Winter 2023 sind die Zahlen wie in fast jedem Winter leicht gestiegen auf aktuell 515 Personen. Damit bewegen sich die Zahlen deutlich unterhalb des Niveaus von 2018. Damals mussten 600 Betroffene in Unterkünften versorgt werden. Umfangreiche präventive Maßnahmen, Beratung und Wohnungsvermittlung insbesondere über das Programm Wohnraumakquise durch Kooperation verhindern, dass der beengte Wohnungsmarkt zu einem deutlich höheren Anstieg der Zahl der Wohnungslosen führt.

Grundsicherung im Alter und Hilfe zur Pflege

Die Zahl der Personen, welche die Regelaltersgrenze überschritten haben und deren Einkommen nicht ausreicht, um ihren Lebensunterhalt zu decken, steigt in den vergangenen Jahren kontinuierlich. So auch in Karlsruhe in den Jahren 2017 bis 2021 um 26,2%. Die Steigerungen im Leistungsbezug Hilfe zur Pflege in den Jahren 2017 bis 2020 fällt insbesondere im ambulanten Bereich mit 32,8% besonders hoch aus (stationär = 6,7%).

Hilfebereich	2017	2018	2019	2020	2021
Grundsicherung im Alter*	3.577	3.655	3.821	4.100	4.514
Hilfe zur Pflege (ambulant)**	326	377	387	433	k.A.
Hilfe zur Pflege (stationär)**	998	975	951	1.065	k.A.

* und bei dauerhafter Erwerbsminderung – Anzahl Bedarfsgemeinschaften außerhalb von Einrichtungen

** Anzahl der Bedarfsgemeinschaften

Konstanter Bedarf in der Jugendhilfe trotz Pandemie

Die Fallzahlen in der Jugendhilfe sind in den Jahren 2019 bis 2021 nahezu konstant geblieben mit einer leichten Steigerung in 2022 (+1,5%). Diese ist vor allem auf die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen nach der Pandemie und eine erhöhte Zuwanderung von unbegleiteten, geflüchteten Kindern und Jugendlichen zurückzuführen. Außerhalb der Schwankungen mit Bezug zur Pandemie und Fluchtbewegungen entwickelt sich die Jugendhilfe analog der Bevölkerungsentwicklung. Die gut ausgebauten präventiven Systeme wie Schulsozialarbeit und das Netzwerk Frühe Hilfen konnte die Bedarfe der Familien, Kinder und Jugendlichen auffangen und bearbeiten.

Hilfebereich	2018	2019	2020	2021	2022
Fallzahlen Jugendhilfe	3.324	3.439	3.438	3.443	3.498
Bevölkerung unter 21 Jahre am Ort der Hauptwohnung (ohne LEA)	54.963	55.093	53.423	53.132	54.122

Eingliederungshilfe und Umsetzung des BTHG

Im Jahr 2022 hat sich die Anzahl der Leistungsberechtigten in der Eingliederungshilfe um 5,6 % gegenüber 2020 erhöht. Die Nettoaufwendungen sind um 15,9 % gestiegen. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) hat das Ziel, die Möglichkeiten einer den persönlichen Wünschen entsprechenden Lebensplanung und -gestaltung im Sinne von mehr Teilhabe und mehr Selbstbestimmung zu stärken und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln. Durch die Umsetzung des BTHG ist mit einer Erhöhung der Aufwendungen in den nächsten Jahren zu rechnen.

Hilfebereich	2020	2021	2022
Eingliederungshilfe: Nettoaufwendungen in Mio. Euro	53,4	59,4	67,3
Leistungsberechtigte Eingliederungshilfe	2.230	2.303	2.355

Die aktuelle Haushaltslage macht Sparmaßnahmen erforderlich. Allerdings sollen die Einsparungen nicht nach dem „Rasenmäherprinzip“ mit pauschalen Kürzungen vorgenommen werden. Vielmehr hat die Stadt Karlsruhe in verschiedenen Bereichen mit Blick auf die gesamtstädtischen, gesamtgesellschaftlichen sowie sozialen Entwicklungen und Erfordernisse einzelne Maßnahmen ermittelt, um den zukünftigen kommunalen Anforderungen auch weiterhin insgesamt gerecht werden zu können.

Erhöhung Kita-Beiträge, Erweiterung der einkommensabhängigen Elternbeiträge.

Geschwisterkinderzuschüsse

Eine Maßnahme hiervon stellt die Erhöhung der Kita-Beiträge dar. Dies bedeutet eine finanzielle Mehrbelastung für Karlsruher Familien, ist jedoch auch mit Blick auf Familien mit geringerem Einkommen vertretbar. Denn aufgrund der Erweiterung der einkommensabhängigen Elternbeiträge über die gesetzlichen Regelungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe hinaus, ist bereits ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Familien erfolgt. Die vom Gemeinderat beschlossene Freiwilligkeitsleistung der Geschwisterkinderzuschüsse entlastet zudem Familien mit mehreren Kindern. Rund 1/3 der Familien können so erreicht werden. Dem Ziel der beitragsfreien Kindertagesstätte kommen wir damit nicht näher, doch sollten wir bei deutlich steigenden Kosten den prozentualen Finanzierungsanteil durch die Elternbeiträge zumindest in etwa gleich belassen und müssen schon deshalb die absoluten Beiträge erhöhen. Alternativ könnten wir die freiwillige Unterstützung der Träger für die PIA-Ausbildung reduzieren, ein in Anbetracht der aktuellen Personalentwicklung in den Kitas aber kontraproduktive Maßnahme.

Fachkräftemangel

Denn nun erreicht uns auch in Karlsruhe die bundes- und landesweite Entwicklung des Fachkräftemangels. Dieser hat nunmehr Dimensionen erreicht, die Anpassungen der bisherigen Angebotsvielfalt und -struktur erforderlich machen, um dennoch Verlässlichkeit und Qualität sicherzustellen zu können. Dabei kann die Angebotstiefe in diesen herausfordernden Zeiten nicht mehr in dem bisherigen Maß gewährleistet werden.

Daher werden wir sicherstellen, dass in Zeiten einer prekären Finanzlage die notwendigen finanziellen und personellen Einsparungen sozial verantwortungsvoll umgesetzt werden. Eine solidarische Gesellschaft bedeutet, dass die Unterstützung durch die Hilfestruktur der Stadt Karlsruhe prioritär den Haushalten kostenfrei oder günstig zur Verfügung steht, die nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen.

Doppel- und Parallelstrukturen vermeiden

In Zukunft wird es umso wichtiger, Doppel- und Parallelstrukturen zu vermeiden, vorhandene Angebote miteinander zu verknüpfen und Kooperationen auszubauen, Bedarf, Angebot und Wirksamkeit präziser zu eruieren, sich von Windhund- und Gießkannenprinzip zu verabschieden, um gezielter bei den tatsächlichen und notwendigen Bedarfen anzusetzen. Dies vor dem Hintergrund, dass eine stabile und starke soziale Infrastruktur für das Wohl unserer Stadt und unserer Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung ist. Hierzu ist auch die Verknüpfung von haupt- und ehrenamtlichen Strukturen unverzichtbar.

2. Unsere Verantwortung für regionale Infrastruktur

Noch stärker als bisher ist es daher in den kommenden zwei Jahren notwendig, dass bestehende und zukünftige kommunale Aufgaben stärker nach dem Verursacherprinzip hinsichtlich ihrer Wirksamkeit finanziert werden müssen. Es geht um die Frage, wer die jeweilige Finanzierungsverantwortung trägt – Bund, Land, Region oder Kommune. Dies gilt für Berufsschulzentren, Messe und Kongress, die Bäder, den zoologischen Stadtgarten, zahlreiche Kulturangebote gleichermaßen - exemplarisch will ich hier die zwei Einrichtungen diskutieren, die uns in ihrer Entwicklung in den letzten Jahren die größten Zuwächse an Finanzierungsbedarf auferlegen: Das Städtische Klinikum und die Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK).

2.1 Städtisches Klinikum

Das Städtische Klinikum Karlsruhe gewährleistet, als bundesweit einer der zehn größten nicht universitären Maximalversorger, sowohl in der Region Mittlerer Oberrhein als auch über die Region hinaus eine hochqualifizierte, patientenorientierte und wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung. Im Jahr 2022 wurden insgesamt etwa 54.000 Patient*innen stationär und 191.000 Patient*innen ambulant behandelt. Besonders hervorzuheben sind die rund 60.000 Notfälle, die von der Zentralen Notaufnahme behandelt wurden sowie die 35.000 akut erkrankten und verunfallten Kinder, die über die Kindernotaufnahme versorgt wurden. Insgesamt waren etwa 40% der Patient*innen aus dem Stadtkreis Karlsruhe und fast 60% der Patient*innen außerhalb des Stadtkreises.

2022: 30 Millionen Euro Jahresdefizit – Patronatserklärung

Das Städtische Klinikum konnte in 2015 mit einem Fehlbetrag von rund 2 Millionen Euro ein noch nahezu ausgeglichenes Ergebnis erzielen. Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresdefizit von rund 30 Millionen Euro ab. Aufgrund des signifikanten Defizitanstiegs hat die Stadt Karlsruhe in 2019 für sein Klinikum eine Patronatserklärung abgegeben, um eine etwaige drohende Zahlungsunfähigkeit auszuschließen.

Die Gründe sind vielfältig: sie reichen von den generellen Unsicherheiten in Bezug auf die gesundheitspolitischen Vorgaben, der unzureichenden und nicht kostendeckenden Fallpauschalen, über die immer noch andauernden Belastungen aus den verschiedenen Pandemielagen, den allgemeinen Preisanstiegen, bis hin zu Stationsschließungen aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels. So kann das stationäre Leistungsniveau des letzten Vor-Pandemie-Jahres 2019 – wie bei vielen anderen Kliniken auch – noch nicht wieder erreicht werden.

Wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser

Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser hat sich in den vergangenen Jahren generell schrittweise verschlechtert. Laut der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) können im Jahr 2023 etwa 96 Prozent der deutschen Kliniken ihre Ausgaben nicht mehr aus den laufenden Einnahmen finanzieren. Laut Baden-Württembergischer Krankenhausgesellschaft (BWKG) verlieren die Kliniken in Baden-Württemberg aktuell pro Tag 1,7 Millionen Euro oder anders ausgedrückt: 1.180 Euro jede Minute. Ohne weitere Hilfen erwarten die Kliniken ein Rekorddefizit von mind. 620 Millionen Euro.

Es ist davon auszugehen, dass mindestens 250 Millionen Euro des für 2023 erwarteten Defizits auf Nachwirkungen der Corona-Pandemie zurückgeführt werden können, da es an Erlösen fehlt, um die Fixkosten der Kliniken zu finanzieren. Aktuell rechnet unser Klinikum in 2023 mit Sachkostensteigerung von ca. 14 Millionen Euro. Hier schlagen sich die deutlichen Energiekostensteigerungen, die inflationsbedingten Mehrkosten wie auch der jetzige Tarifabschluss im TVÖD nieder. Zudem hat das Klinikum mit allgemein in der Gesundheitswirtschaft bekannten Lieferengpässen zu kämpfen.

Problematisch ist weiterhin die Leistungsentwicklung. Kaum eine Klinik erreicht das stationäre Leistungsniveau vor der Corona-Pandemie. Ein maßgeblicher Grund sind die Fallzahlrückgänge in der Pandemie und die damit zusammenhängenden Einschränkungen des Regelbetriebs (z.B. durch Personalausfälle). Der bestehende Fachkräftemangel und damit einhergehend die hohen Abwesenheiten aufgrund von Krankheit und Quarantäne wurden weiter verschärft.

Mitarbeitende

Die Mitarbeiter*innen des Klinikums insbesondere die Pflegefachkräfte sowie die Ärzt*innen haben Enormes bei der Behandlung, Pflege und Versorgung der COVID-19-Patient*innen geleistet. Diese zweieinhalb Jahre sind aber nicht ohne Spuren an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorübergegangen. Die Folge ist eine noch erheblich dünnere Personaldecke als vor der Krise. Infolgedessen konnten im Jahr 2022 am Klinikum durchschnittlich ca. 185 Betten nicht betrieben werden. Dies stellt einen Umsatzrückgang von über 40 Millionen Euro dar, der ohne politische Unterstützung zu einem entsprechenden Fehlbetrag führt.

Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass das Klinikum auch zukünftig als Arbeitgeberin attraktiv bleibt. Das Klinikum muss somit für gute sowie faire Arbeitsbedingungen sorgen und den Fokus auf die

Bindung und Gewinnung von Mitarbeitenden setzen. Ebenso wird der Schwerpunkt vielmehr auf der Stärkung und Ausweitung der Aus- und Weiterbildung liegen.

Die Stadt Karlsruhe hat, wie gesagt, die Finanzlücke für das Geschäftsjahr 2020 (Defizit von 8,8 Millionen Euro) sowie 2021 (Defizit von 19,7 Millionen Euro) des Städt. Klinikum Karlsruhe vollumfänglich übernommen, um einen bilanziellen Eigenkapitalverzehr zu verhindern sowie eine Fortführung der gemeinnützigen Gesellschaft testiert zu bekommen. Die Stadt Karlsruhe wird somit ihrer Verpflichtung im Rahmen der Daseinsvorsorge vollumfänglich gerecht.

Den kommunalen Kliniken ist es derzeit nicht möglich, ohne Unterstützung des Trägers die wirtschaftliche Sicherung der Kliniken aus eigener Kraft zu stemmen und werden dies auch in den kommenden Jahren, wenn sich die Krankenhausfinanzierung nicht ändert, nicht stemmen können. Deshalb wird es überlebenswichtig sein, dass Bund und Länder ihren Finanzierungsverpflichtungen nachkommen. Die kommunale Hand darf nicht zum Ausfallbürgen werden, um die Krankenhäuser halten zu können.

Betten- und Funktionshaus M

2021 wurde das neue Betten- und Funktionshaus M als zukunftsweisendes, modernes Konzept für die chirurgischen Fachdisziplinen, die Intensivmedizin und die operative Infrastruktur in Betrieb genommen. Allein für diese zwingend notwendige Baumaßnahme mit einem Gesamtvolumen von 194,2 Millionen Euro hat die Stadt Karlsruhe bereits einen erheblichen Teil der Krankenhausinvestitionen mitfinanziert (insgesamt rund 91 Millionen Euro), um das Klinikum in der Infrastruktur zukunftsfähig zu gestalten.

Das Städtische Klinikum Karlsruhe will weiterhin mit seinem Versorgungsauftrag des Landes Baden-Württemberg eine wichtige Säule der Daseinsvorsorge sein als Grundlage für die Zukunftsfähigkeit der Region. Hierfür sind in den kommenden Jahren eine stetige Weiterentwicklung der Kliniken und Institute auf höchstem Niveau notwendig.

2.2 Die Verkehrsbetriebe Karlsruhe als Rückgrat des städtischen ÖPNV

Ein weiteres Beispiel für die Frage der Finanzierungsverantwortung ist der Bereich „Mobilität“. Das Defizit hat sich beim öffentlichen Nahverkehr in den vergangenen sieben Jahren nahezu verdreifacht und wird weiter ansteigen. 2015 fiel bei den Verkehrsbetrieben ein Jahresverlust von rund 27 Millionen Euro an, der zum damaligen Zeitpunkt noch vollständig im Rahmen unserer Konzern-Holding KVVH vor allem durch die Jahresgewinnabschöpfung bei den Stadtwerken ausgeglichen werden konnte.

Fehlbetrag

In 2022 hat sich der Fehlbetrag bei den Verkehrsbetrieben auf 93 Millionen Euro erhöht und wird auch perspektivisch in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2028 auf dann 132 Millionen Euro weiter ansteigen. Die Inbetriebnahme des Stadtbahntunnels und die damit zu leistenden Mietzahlungen an die KASIG machen dabei 34 Millionen Euro pro Jahr aus. Das kann aktuell und auch mittelfristig die Konzern-Holding KVVH nicht mehr alleine schultern. Entsprechend ist die Stadt Karlsruhe gefordert, dass bei der

Konzern-Holding KVVH entstehende Gesamtdefizit auszugleichen – zuletzt im Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 68 Millionen Euro. Eine schnelle und zielgerichtete Gegensteuerung tut not.

Um das bisherige Leistungsniveau im Karlsruher ÖPNV halten zu können, wird auch entscheidend sein, inwieweit Bund und Land sich in die Finanzierung des kommunalen ÖPNVs einbringen. Ohne eine schnelle und signifikante Mitfinanzierung durch Bund und/oder Land auch für den Betrieb ist die Stadt Karlsruhe gezwungen, im wahrsten Sinne des Wortes „die Notbremse“ zu ziehen.

3. Priorisierung tut Not

3.1 Mobilitätswende

Ohne eine Neuausrichtung unserer Mobilität, ohne eine echte Mobilitätswende werden wir – gerade in nicht nur klimatisch hoch belasteten Städten – unserer Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel nicht gerecht werden können. Mobilität ist mit Wohnen und Arbeiten, Leben und Freizeit untrennbar verbunden. Menschen profitieren von Mobilität – und leiden unter Verkehrsbelastung. Angesichts des Klimawandels und des Ziels der CO₂-Einsparung brauchen wir eine Mobilitätswende zwingend. Das Klimaschutzgesetz des Bundes und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts geben uns klare Vorgaben.

Wenn wir die Klimaschutzziele im Verkehrssektor erreichen wollen, müssen wir mehr Menschen für den Umstieg auf umweltfreundlichere Mobilität begeistern – global, national aber auch hier in Karlsruhe. Neben dem Pariser Klimaabkommen und dem Bundes-Klimaschutzgesetz gibt uns das Klimaschutzkonzept, das die Stadt Karlsruhe 2020 beschlossen hat, hierfür den Handlungsrahmen vor. In einem ersten Schritt müssen die CO₂-Emissionen in Karlsruhe bis 2030 um fast 60 Prozent gegenüber dem Stand von 2010 gesenkt werden. Dies wird nur gelingen, wenn auch im Bereich Verkehr klimaschädliche Emissionen drastisch reduziert werden.

Mittel für Ausbau und Modernisierung der ÖPNV-Infrastruktur

Der ÖPNV ist ein wichtiges Rückgrat für die Mobilität in unserer Stadt und trägt entscheidend zur hohen Lebensqualität und wirtschaftlichen Prosperität Karlsruhes bei. Wenn die Nachfrage im ÖPNV bis 2030 verdoppelt werden soll - so lautet das verkehrspolitische Ziel des Landes Baden-Württemberg - bedarf es eines weiteren Ausbaus des ÖPNV-Angebots: Fahrplan- und Taktverdichtungen, zusätzliche Bahnen, Neubeschaffung von E-Fahrzeugen für die Antriebswende bei der Busflotte, Kapazitätserweiterung bei Betriebshöfen und Bahnmeistereien, digitale Transformationsprozesse sowie der Ausbau und die Modernisierung der ÖPNV-Infrastruktur – all dies kostet Geld. Und nicht zuletzt braucht es noch zusätzliches und fair bezahltes Personal, um diese Verkehrswende dann auch umzusetzen.

Es ist unsere aller Aufgabe, den Verkehr endlich aus dem 20. ins 21. Jahrhundert zu holen und klimaneutral zu transformieren. Bund, Länder und Kommunen stehen vor der Frage, was ihnen ein gutes ÖPNV-System und Klimaschutz im Verkehr finanziell wert sind. Die bisherigen Mittel, die Bund und Land

für den ÖPNV bereitstellen, werden nicht ausreichen, um den öffentlichen Nahverkehr so erweitern zu können, wie es aus meiner politischen Überzeugung und aufgrund der Dringlichkeit der klimaneutralen Verkehrswende eigentlich notwendig wäre. Die Kommunen vor Ort können dies angesichts steigender Kosten nicht stemmen. Sonst wird aus einer Verkehrswende ganz schnell eine „Verkehrtwende“.

Finanzlücke

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat eruiert, dass bis 2030 allein bei den Betriebskosten eine Finanzlücke von mindestens elf Milliarden Euro klafft. Konkret hat der VDV mit einem Roland-Berger-Gutachten bereits vor der Corona-Pandemie und vor dem Ukraine-Krieg und vor den damit verbundenen Kostensteigerungen zusätzlich einen entsprechenden finanziellen Aufwuchs gefordert. Das bedeutete in den ersten Jahren über 3 Milliarden Euro pro Jahr. Hier wurde nur 1 Milliarde freigegeben. Also schon für die Berechnung vor den Krisen reicht das bewilligte zusätzliche Geld nicht aus. Andere Studien gehen von einem noch deutlich größeren Finanzbedarf aus, um das chronisch unterfinanzierte ÖPNV-Angebot hierzulande adäquat hochzufahren und so die Klimaschutzziele im Verkehrssektor zu erreichen.

Deutschlandticket

Günstige Tarifangebote wie das Deutschlandticket sind wichtige Bausteine für einen attraktiven ÖPNV, ohne Frage. Sie dürfen aber nicht zu Lasten nachhaltiger Investitionen für den Ausbau des ÖPNV bzw. zur Finanzierung des bestehenden ÖPNV-Angebots gehen. Das habe ich auch vergangenes Jahr im Zuge der Debatte um eine Nachfolgeregelung für das damalige 9-Euro-Ticket deutlich gemacht.

Denn sonst drohen vielmehr Preissteigerungen statt Vergünstigungen bei Ticketangeboten sowie Kürzungen beim ÖPNV-Angebot. So ehrlich müssen wir sein. Einige Städte haben diese Kürzungen notgedrungen bereits vorgenommen.

Solche Angebotskürzungen würden die angestrebten verkehrs- und klimapolitischen Ziele jedoch konterkarieren. Bislang sind ein massiver Investitionshochlauf und die dringend benötigten Unterstützungen für den laufenden Betrieb auf allen staatlichen Ebenen für eine Angebotsoffensive im ÖPNV aber weiterhin nicht in Sicht.

Corona und Fahrgastzahlen

Und wir dürfen nicht vergessen: Hinter der gesamten ÖPNV-Branche liegen bereits schwierige Jahre. Trotz geringer Auslastung haben die Verkehrsunternehmen ihr Angebot während der Corona-Krise auf Wunsch der Politik aufrechterhalten und waren so in diesen Krisenzeiten ein verlässlicher Mobilitätsdienstleister. Nach wie vor haben die Fahrgastzahlen noch längst nicht das Niveau vor Beginn der Corona-Pandemie erreicht.

Tarifeinnahmen

So beförderten die VBK im Jahr 2019 noch mehr als 82 Millionen Fahrgäste. 2021 hatte sich dieser Wert auf 44 Millionen Fahrgäste nahezu halbiert und erholt sich seitdem erst langsam wieder. Für das

vergangene Jahr bilanzierten die VBK knapp 63 Millionen Fahrgäste. Die Entwicklung zeigt also erfreulicherweise wieder in die richtige Richtung, das Delta zur Vor-Corona-Zeit ist aber immer noch vorhanden. Die Entwicklung der Fahrgastzahlen in den vergangenen Jahren spiegelt sich auch bei den Tarifeinnahmen der VBK wider. Diese lagen 2019 bei rund 65 Millionen Euro und inzwischen nur noch bei rund 43 Millionen Euro (2022), zumal durch 9-Euro, landesweitem Jugend- bzw. Deutschland-Ticket weitere Einflüsse mit der Folge sinkender direkter Fahrgeldeinnahmen zu verzeichnen sind.

Es zeichnet sich deutlich ab, dass die Einnahmen, die die Verkehrsunternehmen benötigen, um ihre Aufwandssteigerungen für den Betrieb des ÖPNV zu decken, nicht mehr ausreichen, durch Pauschalangebote wie etwa das Deutschland-Ticket verabschiedet sich das System zudem grundsätzlich von der überwiegenden Nutzerfinanzierung. Die bisherige Fördersystematik von Bund und Ländern muss daher insgesamt auf den Prüfstand. Denn diese Systematik fördert bislang die Investitionen in Ausbau und Verbesserung, aber nicht die dadurch entstehenden höheren Betriebskosten, geschweige denn den Betrieb überhaupt.

Eigene Potenziale zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit identifizieren

Gleichzeitig sind wir natürlich trotzdem bestrebt, auch eigene Potenziale zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bei den VBK zu identifizieren. Hierzu tragen auch die Ergebnisse aus der GAP-Analyse bei, die teilweise bereits in der Umsetzung sind und in die laufenden Wirtschaftsplanungen Eingang gefunden haben.

Im Hochlauf sind hier Ergebnisverbesserungen von bis zu 6,5 Millionen Euro pro Jahr erarbeitet worden, die den Anstieg der Betriebskosten abfedern aber nicht anhalten oder umkehren können. Diese Maßnahmen beinhalten bisher noch keine direkten Auswirkungen auf das bestehende Angebot.

Qualitätssteigerung und Investitionen

Karlsruhe verfügt über eine sehr gute Verkehrsinfrastruktur und ein qualitativ hochwertiges ÖPNV-Angebot, das für viele andere Städte einen erstrebenswerten Standard darstellt, aber auch unterhalten werden muss. Die Linienlänge der Stadt- und Straßenbahnen im Stadtgebiet beträgt mehr als 146 km. In den vergangenen Jahren hatten die VBK ihr Netz durch die Südostbahn oder den Abschnitt in Knielingen-Nord erweitert. Zuletzt ist durch die Kombilösung mit dem Stadtbahntunnel und der neuen Bahntrasse in der Kriegsstraße der ÖPNV in der Fächerstadt noch leistungstärker geworden. Auch das neue Liniennetzkonzept hat zu dieser deutlichen Qualitätssteigerung maßgeblich beigetragen.

Zudem führen die VBK jedes Jahr umfangreiche Instandhaltungsmaßnahmen durch, damit sie den Menschen in der Fächerstadt weiterhin ein qualitativ hochwertiges Nahverkehrsangebot machen kann. Ich nenne exemplarisch große Maßnahmen im Bereich der Karlstraße, Mathystraße, Ettlinger Straße, Brauerstraße, Eckener Straße und Rheinstrandsiedlung oder die aktuellen Gleisbaumaßnahmen im Bereich Entenfang, der westlichen Kaiserallee, aber auch der barrierefreie Ausbau zahlreicher Haltestellen im Stadtgebiet (z.B. Yorckstraße, Kußmaul-/Moltkestraße, Tullastraße, Weinweg, Untermühlstraße oder in der Rheinstrandsiedlung).

In den kommenden Jahren liegt der Fokus auf der weiteren Grundinstandsetzung des Straßenbahnnetzes und dem barrierefreien Ausbau von Haltestellen. Mit Blick auf das Streckennetz steht die Einschleifung der Linie S31/S32 durch den Otto-Dullenkopf-Park in das Netz der VBK an. Zudem soll Ende 2023 die neue Kfz-Werkstatt am Rheinhafen in Betrieb genommen und die Planung zur Sanierung des Betriebshofs West wird weiter vorangetrieben. All diese Projekte müssen in Zeiten einer angespannten Haushaltslage mit betriebswirtschaftlicher Vernunft dargestellt werden.

Betriebskostendefizit

Wie groß die vor uns liegenden Aufgaben im Karlsruher Nahverkehr sind, verdeutlicht ein Blick auf das Betriebskostendefizit des kommenden Jahres. Dieses Defizit wird sich auf rund 108 Millionen Euro belaufen. Darin sind allerdings auch Tunnel-Kosten in Höhe von 36 Millionen Euro enthalten. Damit hat sich auch das operative Defizit durch die steigenden Abschreibungen aufgrund der Investitionen in den Fuhrpark, der Zinsentwicklung und der Gehaltsentwicklung auf über 70 Millionen Euro erhöht. In den zurückliegenden fünf Jahren hat sich der Aufwand für Investitionen in den Ausbau und die Verbesserung des innerstädtischen ÖPNV von 27,7 Millionen Euro auf 57,3 Millionen Euro mehr als verdoppelt.

Aber ich möchte eines deutlich sagen: Trotz all dieser Herausforderungen, die für die Kommunen bei der Finanzierung des ÖPNV-Angebots bestehen, ist jeder Euro, der in den ÖPNV fließt, gut investiert. Der ÖPNV wird bisher vor allem als Kostenfaktor wahrgenommen. Dabei ist es der Autoverkehr, der neben einer negativen Umweltbilanz auch eine schlechtere Kostenbilanz aufweist. Der PKW-Verkehr in einer deutschen Großstadt kostet die öffentliche Hand und die Allgemeinheit etwa das Dreifache wie der Öffentliche Personennahverkehr (Studie der Uni Kassel von 2022

<https://www.unikims.de/blog/autoverkehr-kostet-die-kommunen>).

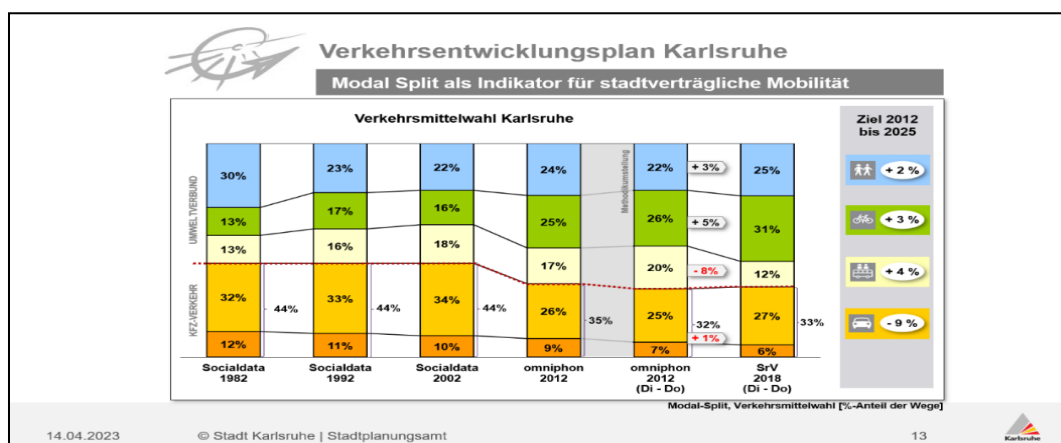
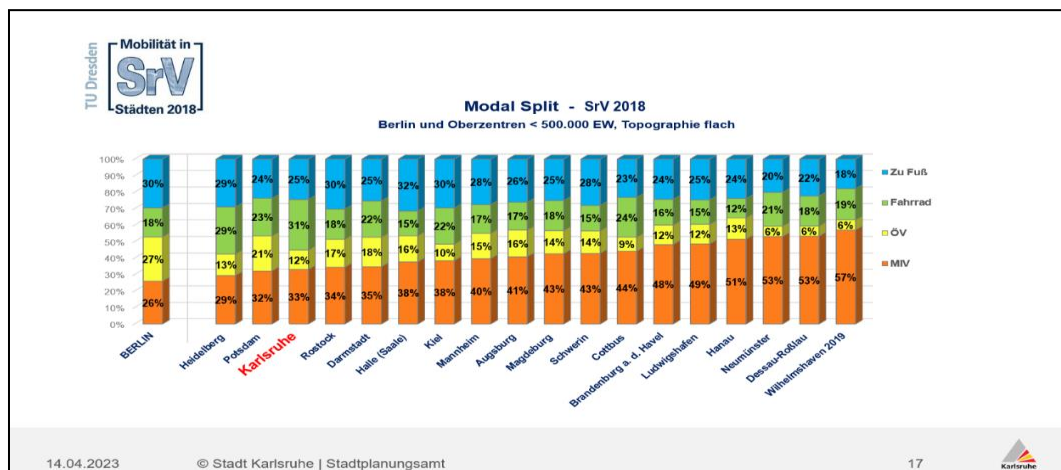
Das gilt es immer mit zu bedenken, wenn wir bei den nächsten Haushaltsberatungen über klimafreundliche Mobilität sprechen. Das Geld für mehr Investitionen und den Betrieb des ÖPNV könnte aus dem Abbau klimaschädlicher Subventionen aus dem Bundeshaushalt kommen; oder wir müssen die Finanzierung des ÖPNV auf eine breitere Basis stellen. Das Land Baden-Württemberg will den Kommunen hierfür inzwischen mit dem Mobilitätspass ein zusätzliches Instrument an die Hand geben, das verschiedene Varianten beinhaltet, um zusätzliche Mittel für den ÖPNV zu generieren, z.B. über eine City-Maut für Autofahrer oder einen Arbeitgeberbeitrag. Mal sehen, ob sich Regierung und Landtag noch zu einem Gesetz als gesetzlicher Rahmen für solche Angebote an die Aufgabenträger durchringen können. Die Frage, ob und in welcher Form wir diese Instrumente nutzen wollen, müssen wir hier in diesem Gremium diskutieren. Denn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für einen klimafreundlichen ÖPNV werden auf absehbare Zeit schwierig bleiben.

Umweltverbund

Klar ist: Wir setzen in Karlsruhe weiter konsequent auf den Umweltverbund. Zu Fuß oder mit dem Rad, mit dem ÖPNV und auch - wo notwendig – mit dem Auto: Unser Ziel bleibt, die Verkehrsarten in Stadt

und Region optimal zu vernetzen und intelligent zu steuern. Karlsruhe verfügt bereits über ambitionierte Rahmenpläne und Strategien für eine Mobilitätswende. Beispielsweise den Verkehrsentwicklungsplan, das Klimaschutzkonzept, das Programm für aktive Mobilität, das IQ-Projekt ÖRMI (Öffentlicher Raum und Mobilität Innenstadt) oder den ÖPNV-Nahverkehrsplan. Dazu kommt mit dem Mobilitätsportal auf unserer Homepage noch eine gut aufgestellte digitale Datenaufbereitung.

Im Vergleich mit anderen Städten steht Karlsruhe in vielen Bereichen gut da. Ich nenne beispielsweise die deutschlandweit höchste Dichte an CarSharing-Fahrzeugen, die Erfolge als Fahrradstadt oder unser weltberühmtes ÖPNV-Angebot mit dem 2-System-Betrieb Tram/Train sowie das Projekt „regioMove“, dass Multimodalität auch in der Region verfügbar macht. So liegt beim Modal-Split der Anteil der Wege, die von den Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern mit Umweltverbund zurückgelegt werden, mit knapp 70% (68%) weit über dem bundesweiten Durchschnitt. Bei einem Rad-Anteil von über 30% (31%) liegt Karlsruhe sogar bundesweit an der Spitze.



Schwieriger ist es jedoch, die weiten Wege in und aus der Region auf den Umweltverbund zu verlagern. Zudem ist die Datenlage hier dünner und die Zuständigkeit liegt hier nur bedingt in Karlsruher Händen. So ist und bleibt der Ausbau und die Förderung des Umweltverbundes in Karlsruhe und insbesondere in und aus der Region der Schlüssel für die Mobilitätswende.

Schwerpunktthemen

Schwerpunktthemen für den DHH 2024/25 sind daher:

Umweltfreundlicher Ausbau der Innenstadt, insbesondere nach Fertigstellung der Kombilösung. Hier haben wir u.a. im Projekt ÖRMI verschiedene Maßnahmen gebündelt:

- Neugestaltung des Markplatzes (erledigt)
- Reallabore Karlstraße und Passagehof (durchgeführt)
- Umbau des Passagehofs (steht an)
- Umgestaltung der Kaiserstraße
- Erneuerung des Friedrichsplatzes
- City-Logistik (Einstieg begonnen)

Verlagerung der Wege auf den Umweltverbund

Hier geht es besonders um die längeren Wege durch, nach und von Karlsruhe. Das bedeutet auch weitere Förderung sowie Ausbau und Priorisierung des ÖPNV. Derzeit wird der Nahverkehrsplan fortgeschrieben. Dazu gehört auch die Mitgestaltung der Radschnellwege, die in Federführung des Regierungspräsidiums geplant werden. Das neue IQ-Projekt „Parken“ kann durch gezieltes Parkraummanagement verbunden mit einer Umverteilung der Parkflächen im öffentlichen Raum als Stellschraube zu nachhaltiger Mobilität beitragen. Ergänzend kann im privaten Raum eine Stellplatzsatzung zu einer Veränderung des Mobilitätsverhaltens beitragen und gleichzeitig günstigeren Wohnungsbau ermöglichen.

Radverkehr

Karlsruhe verfügt in seinem Haupt- und Nebennetz über mehr als 500 Kilometer Radwege sowie über 2.500 Fahrradabstellanlagen. Beides wird kontinuierlich ausgebaut. So wurde die Radroute 15 vom Durlacher Tor abschnittsweise bis zum Hirtenweg ausgebaut. Im letzten Jahr erfolgten Verkehrsversuche auf der Herrenalber Straße und der Karlstraße zur Verbesserung des Radverkehrs. In diesem Jahr werden die Radroute 12, Hans-Thoma-Straße, sowie Fahrradstraßen in der Markgrafenstraße und der Nördlichen Hildapromenade in Angriff genommen. Hinzu kommen eine Vielzahl an Querungshilfen und Lückenschlüsse im Netz.

Aber hier müssen wir das Tempo deutlich erhöhen, wenn wir unsere eigenen verkehrspolitischen Zielsetzungen und die Vorgaben des Klimaschutzgesetzes erfüllen wollen. Angesichts der Haushaltslage werden wir deshalb auf relativ kostengünstige Maßnahmen setzen, mit denen man viel für den Radverkehr erreicht: So sollen, wie dem Gemeinderat bereits zugesagt, die Fahrradstraßen kontinuierlich vorfahrtberechtigt werden. Hier stehen als erstes nächstes Jahr die Sophienstraße, Knielinger Allee und der Krokusweg auf dem Programm. Darüber hinaus werden kontinuierlich aufgeweitete Radaufstellstreifen (ARAS) an den Kreuzungen ergänzt, um den Radverkehr sicherer zu gestalten.

Für Radwegmaßnahmen wurden seit 2018 rund 9 Millionen Euro investiert, hinzu kommen noch rund 2 Millionen Euro Radwegerneuerungen und – umbauten, die im Zuge großer Straßenbaumaßnahmen erfolgten und dort verbucht wurden. Über die Lastenradförderung für Familien wurden circa 355 Familien erreicht und mit 450.000 Euro bei der Anschaffung eines Lastenrades unterstützt. Aktuell läuft die zweite

Runde der Lastenradförderung für Gewerbebetriebe. Hier können bis zu 60 Firmen von einer Förderung profitieren. Es stehen insgesamt 150.000 Euro zur Verfügung.

3.2 Klimaanpassung

Wir brauchen die Mobilitätswende als zentralen Baustein, wenn wir die Anpassung an die Folgen des Klimawandels schaffen wollen. Aber Klimaanpassung betrifft viele Handlungsfelder: neben dem Hitzeschutz geht es um Hochwasserschutz, Starkregen-Management, den Umgang mit Trockenheit und Dürre u.v.a.m.

Der Entwurf zum neuen Haushalt umfasst daher neben Mitteln zum Klimaschutz erstmals auch ein Budget zur Finanzierung von dringend notwendigen Klimaanpassungsmaßnahmen. Damit soll die vom Gemeinderat 2021 beschlossene Klimaanpassungsstrategie sukzessive umgesetzt werden. Die finanzielle Unterstützung von Bund und Land muss, gerade für diese zentrale Zukunftsaufgabe, zwingend und umfänglich ausgebaut werden, damit Kommunen sich der Klimaanpassung angemessen widmen können.

Jährlich 40 Millionen für Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung

Die Umsetzung der im Karlsruher Klimaschutzkonzept aufgeführten Maßnahmen wird weiterhin mit hoher Priorität verfolgt. Der Entwurf zum Doppelhaushalt sieht für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung eine Größenordnung von jährlich 40 Millionen vor.

Schwerpunkte werden im DH 2024/25 folgende Maßnahmen bilden:

- Ausweitung der Energiequartierinitiative durch die KEK
- Realisierung von Nahwärmesystemen
- Verstärkung der PV-Initiative, Umsetzung der PV-Ausbaustrategie durch die KEK
- Fortsetzung und Ausbau der Aktivitäten des Beratungszentrums Klima, Energie, Mobilität der KEK
- Fortführung des Förderprogramm KlimaBonus
- Förderung des Jahrestickets für Schüler/Jugendliche
- energetische Sanierung von städtischen Gebäuden (insb. Heizungsumstellung, PV-Ausbau, LED-Beleuchtung)
- Modernisierung des städtischen Fuhrparks
- LED-Umstellung im Straßenraum
- Ausbau Radwegeinfrastruktur
- Fortführung der Karlsruher Klimaschutzkampagne
- Fortführung der Klimaallianz mit der Wirtschaft

3.2.1 Energieleitplan, Energiequartiere

Eine zentrale und zukunftsweisende Maßnahme im Klimaschutz ist die Erstellung des Energieleitplans, als strategisches Instrument für die zukünftige Wärmeversorgung der Stadt. Im Bereich der Haushalte kommen noch immer 86% der CO₂-Emissionen aus Gas und Öl-Heizungen (Treibhausgasbilanz 2020). Der Energieleitplan wird Eignungsgebiete abgrenzen, in denen eine zukünftige Versorgung der Quartiere

mit Fern- oder Nahwärme sinnvoll ist und darstellen, wo weiterhin Einzellösungen für Gebäude z.B. mit Wärmepumpen anstehen.

Eine wichtige Grundlage für die Wärmeplanung sind die Karlsruher Energiequartiere. Hier sind bisher rund die Hälfte der Karlsruher Stadtteile auf Sanierungspotenziale untersucht worden. Die Klima- und Energieagentur Karlsruhe führt in den Energiequartieren Bürger*innenveranstaltungen durch und berät zu energetischen Maßnahmen der Gebäudesanierung. Pro Jahr kommen 2-3 Energiequartiere hinzu mit dem Ziel, Bürgerinnen und Bürger zur energetischen Gebäudesanierung zu motivieren und zu unterstützen und das Bild über die energetischen Potenziale zu vervollständigen. Zusätzlich bietet das Beratungszentrum der KEK in der Hebelstraße Einzel- und Gruppenberatungen zu klimafreundlicher Energieversorgung, Gebäudesanierungen und Mobilität an.

3.2.2 Fernwärme

Die Stadtwerke Karlsruhe bringen den Ausbau des Fernwärmenetzes voran und kümmern sich um die Defossilisierung der Wärmebeschaffung: mit dem Anschluss der Papierfabrik im Februar 2023 ans Fernwärmenetz haben sie eine neue Quelle zur Nutzung von CO₂-freier industrieller Wärme erschlossen. Zudem planen die Stadtwerke den Bau einer Großwärmepumpe und von Kurzzeitspeichern im Netz, um die fossile Eigenerzeugung zu reduzieren und beschäftigen sich mit einem adäquaten Ersatz des Fernwärme-Bezugs aus dem Rheinhardendampfkraftwerk.

Für den Ausbau der Fernwärme wurden in den vergangenen zehn Jahren über 200 Millionen Euro investiert, und es ist nun möglich, auch in Teilen von Oberreut, Beiertheim, Durlach, Dammerstock, Rüppurr und der Rheinstrandsiedlung die klimaschonende Heizenergie zu nutzen. So steigt die Zahl der fernwärmebeheizten Wohnungen beständig und hat Ende 2021 einen Anteil von rund 26 Prozent aller Haushalte erreicht. Als Zwischenziel zum Jahr 2025 haben sich die Stadtwerke Wärmeversorgungsverträge für 50.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten gesetzt. Der derzeitige Stand liegt bei rund 48.000 Einheiten, wobei rund 43.000 bereits versorgt werden. Allerdings wird es auch in der Innenstadt und den Stadtteilen, die bereits Fernwärme haben, Straßenzüge und Gebäude geben, die nicht an die Fernwärme angeschlossen werden können. Hier sind alternative Konzepte, bspw. Wärmepumpensysteme oder Nahwärmelösungen notwendig.

3.2.3 Photovoltaik

Beim Ausbau der Photovoltaik ist in den vergangenen zwei Jahren ein deutlicher Anstieg der Zubauzahlen zu verzeichnen, mit 6,3 MWpeak in 2021 und 7,8 MWpeak in 2022. Allerdings sind wir von dem Ziel des jährlichen Zubaus von 30 MWpeak bis 2030 noch weit entfernt. Die Stadt fördert mit dem KlimaBonus Programm mit insgesamt 2 Millionen Euro unter anderem die Errichtung einer Photovoltaikanlage für private Haushalte. Die Stadt selbst hat sich ein Ziel von einem Zubau von jährlich 500 bis 750 kWpeak an Photovoltaikleistung gesteckt.

Als weiterer Akteur für den Solarstrom wurde im Dezember 2022 die Bürger*innenenergiegenossenschaft – BenKA – gegründet. Sie bietet auch Bürgerinnen und Bürgern, die keine eigenen Flächen für die

Erzeugung von Solarstrom haben, eine Möglichkeit den Ausbau der erneuerbaren Energien proaktiv zu unterstützen und eine finanzielle Beteiligung an der Energiewende.

Geeignete Dachflächen für die Gewinnung von Energie zu nutzen, ist sinnvoll, denn diese Flächen stehen ohnehin zur Verfügung. Für die Energie- und Wärmewende werden in Karlsruhe jedoch mehr Erneuerbare Energien benötigt, als die Dächer hergeben. Freiflächen-PV bietet zusätzlich ein Potenzial, Energie zu gewinnen. Alle denkbaren Möglichkeiten sollten genutzt werden. Denkbar sind Flächen entlang der Autobahn, auf ehemaligen Abfalldeponien, auf Ackerflächen (sog. Agri-PV) oder ungenutzte Freiflächen. Bei der Standortermittlung sind die Interessen der Landwirtschaft zum Schutz ertragreicher Ackerflächen und des Natur- und Landschaftsschutzes auf ökologisch bedeutsamen Flächen zu berücksichtigen.

Bei üblichen Freiflächenphotovoltaikanlagen ist eine Koexistenz zwischen Ackerbau (Anbau von Grundnahrungsmitteln) und Energieerzeugung nicht möglich. Eine kombinierte Nutzung auf Grünflächen stellt derzeit die Beweidung mit kleinrahmigen Tieren dar, in der Regel Schafe. Inwieweit die sogenannte Agri-Photovoltaik einen Ackerbau zulässt und welche Kulturarten dann dort angebaut werden können, ist noch nicht abschließend wissenschaftlich untersucht. Im LTZ Augustenberg ist aktuell eine Forschungsanlage mit einem Schwerpunkt auf Kern- und Beerenobst im Aufbau.

<https://www.ise.fraunhofer.de/de/forschungsprojekte/agri-pv-bawue.html>

Eine Konkurrenz von Energieerzeugung und Lebensmittelproduktion ist kritisch zu sehen. Monetär gesehen stehen die Erträge von Energie und deren Vergütung deutlich über denen der Lebensmittelproduktion. Daher liegen auch die Pachtpreise, die ein Konzern/Investor/Projektentwicklung für Freiflächen bezahlen kann, deutlich über den Pachtsätzen für landwirtschaftliche Produktionsflächen. Um beiden Nutzungen gerecht zu werden, müssen wir erneuerbare Stromproduktion, die nicht mit der Nahrungsmittelproduktion vereinbar ist, versuchen so steuern, dass zuerst Freiflächen mit schlechtem landwirtschaftlichem Potential genutzt werden.

Die Überdachung mit PV von versiegelten Parkplätzen wird bereits angestrebt. Das Klimagesetz Baden-Württemberg verpflichtet beim Neubau eines geeigneten offenen Parkplatzes mit mehr als 35 Stellplätzen zur Installation einer Solaranlage. Gleichzeitig sollten wir auch bestehende versiegelte Parkplatzflächen in den Blick nehmen und auf Eignung prüfen.

3.2.4 Tiefengeothermie

Direkt vor unserer Haustür im Oberrheingraben steht uns ein außerordentliches Potenzial für die Nutzung der Tiefengeothermie zur Verfügung, das einen signifikanten Beitrag zu einer umweltfreundlichen Versorgung der Bevölkerung und unseres Wirtschaftsstandortes mit Wärme und Strom leisten kann. Dies insbesondere auch mit Blick auf den weiteren Ausbau unserer Fernwärmenetze, die einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zum Gelingen der Wärmewende leisten.

Neben den in der Tiefe vorhandenen, sehr hohen Temperaturen, befinden sich im Oberrheingraben große Lithium-Vorkommen. Es gibt erste Überlegungen, diese in Verbindung mit der Tiefengeothermie-Nutzung mit zu erschließen. Entsprechende Verfahren zur Lithium-Gewinnung befinden sich aber noch in der Erprobungsphase. Deshalb steht für uns zunächst die Wärme im Vordergrund. Aber auch die stofflichen Nutzungspotenziale und die wissenschaftlichen Erkenntnisse dazu behalten wir klar im Blick. Lithium ist ein wichtiger Grundstoff für die Herstellung von Autobatterien. Die regionalen Lagerstätten könnten uns gegebenenfalls ein Stück weit unabhängiger vom Weltmarkt machen und somit einen weiteren Beitrag für die Wende hin zu mehr E-Mobilität leisten.

Bei der Tiefengeothermie-Nutzung mit oder ohne Lithium-Gewinnung wird entscheidend sein, die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung vor den vermeintlichen Risiken ernst zu nehmen. Dies erfordert einen offenen, moderierten Kommunikations- und Beteiligungsprozess als Voraussetzung für die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen. Wünschenswert wären auch Beteiligungsmodelle für Bürgerinnen und Bürger, wie sie zum Beispiel bei Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen schon seit längerem praktiziert werden. Notwendig ist auch ein Fonds auf Landes- oder Bundesebene mit dem Versprechen, für einzelne betroffene Bürger eine letzte Sicherung für mögliche Folgen der Geothermie einzurichten, falls diese nicht durch herkömmliche Versicherungen gewährleistet sind.

Der Energieleitplan der Stadt Karlsruhe bescheinigt der Tiefengeothermie ebenfalls ein großes Potenzial, um die Wärmeversorgung der Stadt auf den Pfad der Klimaneutralität zu bringen. Ohne die Nutzung der Tiefengeothermie wird dieses Ziel nicht erreichbar sein, da alle Potenziale Erneuerbarer Energien, die uns auf dem Stadtgebiet zur Verfügung stehen, genutzt werden müssen.

3.2.5 Klimaallianz

Klimaschutz ist eine kommunikative Großaufgabe und braucht ein großes Netzwerk. Die Klimaallianz mit Karlsruher Unternehmen wurde im November 2022 gegründet und hat inzwischen 28 beteiligte Unternehmen, die ambitionierte Klimaschutzziele verfolgen. Mit der Klimaallianz wird eine Austauschplattform für Karlsruher Unternehmen von der Stadt angeboten. Die Unternehmen verpflichten sich zu einer Treibhausgasbilanz und der Umsetzung einer erfolgversprechenden Klimaschutzmaßnahme jährlich. Die Stadt Karlsruhe unterstützt die Unternehmen auf diesem Weg und koordiniert die Vernetzung. Geplant sind auch Veranstaltungen zu Klimaschutzthemen, die von den Unternehmen selbst eingebracht werden und die Initiierung von Energieeffizienznetzwerken.

3.2.6 Klimaneutrale Verwaltung

Natürlich nehmen wir insbesondere unsere eigenen Liegenschaften und Energieversorgungsstrukturen in den Fokus. Das Ziel der klimaneutralen Verwaltung bis 2040 umfasst die energetische Sanierung von Gebäuden und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, wie der Photovoltaik auf städtischen Dächern. Auch soll der Fuhrpark verkleinert und sukzessive alternative Antriebe zum Verbrenner genutzt werden. Die Mobilität in der Verwaltung soll nachhaltig und klimafreundlich gestaltet werden, mit

zahlreichen Anreizen für die städtischen Mitarbeiter*innen. Auch bei der Beschaffung und der Verpflegung in Kantinen und den Mensen stehen zunehmend faire, soziale und ökologische Standards im Vordergrund. Die Mitarbeitenden der Stadt werden über das Projekt „Klimaneutrale Dienststelle – wir machen mit!“ motiviert und unterstützt, ihren Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität zu leisten.

Strategie zur nachhaltigen Modernisierung der städtischen Gebäude

Wie vom Gemeinderat in 2021 beschlossen, sollten mit der „Strategie zur nachhaltigen Modernisierung der städtischen Gebäude“ die beiden Hauptziele: 1. Sicheres Erreichen der Klimaneutralen Verwaltung in 2040 und 2. Abbau des Modernisierungstaus in den städtischen Gebäuden, gewährleistet werden.

Erreicht werden sollte dies durch eine erhöhte Rate von gesamthaften Modernisierungen, für das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft eine ausgeklügelte Modernisierungsreihenfolge erarbeitet hat.

Die begrenzten Finanzmittel und Festlegung einer Obergrenze der Kreditaufnahme lassen es derzeit nicht zu, die Marge der großen ganzheitlichen Modernisierungen zu erhöhen. Deshalb haben wir die Strategie nicht in ihren Zielen, aber in den Maßnahmen überarbeitet.

Umstellung der Wärmeenergieträger

Um an den Klimaschutzzielen festhalten zu können müssen die begrenzten Mittel möglichst effizient eingesetzt und Prioritäten neu gesetzt werden. Statt in wenige große Maßnahmen zu investieren, muss der Fokus auf möglichst CO₂ wirksamen Maßnahmen liegen. Der größte Hebel zur CO₂-Einsparung im Gebäudebereich ist dabei die Umstellung der Wärmeenergieträger, d. h. Umstellung von fossilen Heizanlagen auf Erneuerbare Energien. Durch konsequente Umsetzung aller Möglichkeiten die Versorgung der städtischen Gebäude auf regenerative Energiequellen umzustellen könnte bis 2030 nahezu 80 Prozent des Zieles erreicht werden. Für die übrigen 20 Prozent sind und bleiben die Verbesserung der Gebäudehüllen jedoch unabdingbar.

Im Doppelhaushalt 2024/2025 sollen daher in etwa 15 CO₂-mindernde Heizungsumstellungen pro Jahr, bzw. 30 im Doppelhaushalt realisiert werden. Der PV-Zubau wird wie im Klimaschutzkonzept 2030 vorgesehen auf einen jährlichen Zubau von 500 - 750 KilowattPeak vervielfacht. Das entspricht 2.500 bis 3.750 m² Module durchschnittlicher Ertragsgüte.

Zusätzlich zu diesen beiden Haupthandlungssträngen sind noch eine Vielzahl an weiteren Klimaschutzmaßnahmen geplant, u.a. in den Bereichen Heizungsoptimierungen, LED-Beleuchtungen, Dach- und Kellerdeckendämmungen sowie Fenstersanierungen. Auch für den Ausbau der regenerativen Energieversorgung bedarf es Finanzmittel, jedoch ungleich weniger. Beobachten müssen wir dabei die Personalressourcen. Durch den Strategiewechsel gewinnen wir auch innerhalb der Fachämter personelle Ressourcen, dennoch muss beachtet werden: Je kleiner die Maßnahme, desto höher ist der Anteil an Personalkosten.

Um die Umstellung auf regenerative Energien vollständig umzusetzen und Verbesserungen an der Gebäudehülle vorzunehmen, wird daher im Doppelhaushalt 2024/2025 der dafür im KSK30-Programm vorgesehene Ansatz verstetigt und so umstrukturiert, dass der auf den von HGW gemeldeten Bedarf für den Strategiewechsel abgedeckt ist.

3.2.7 Klimakampagne

Die Karlsruher Klimakampagne mit vielfältigen Kommunikationsformaten und wechselnden Schwerpunktthemen läuft schon seit 14 Jahren erfolgreich. Seit 2022 ist die Klimakampagne als Klimaplattform auch im Internet unter klima.karlsruhe.de vertreten, mit Info-Blog, Mitmachaktionen und Tatenbank. Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, wie das Klimafestival, geben Karlsruher Gruppen und Initiativen eine Plattform, um klimafreundliches Verhalten und Bewusstsein den Karlsruher Bürger*innen nahe zu bringen. Trotz guter Etablierung der Kampagne müssen wir weiter versuchen, die Reichweite und Bekanntheit zu steigern.

3.2.8 Hitzeaktionsplan – Plan°C

Trotz aller Bemühungen den Klimawandel zu bremsen und den CO₂-Ausstoß drastisch zu reduzieren, müssen wir uns bestmöglich an die klimatischen Veränderungen anpassen. Dem Hitzeaktionsplan kommt innerhalb unserer Klimaanpassungsstrategie eine wichtige Bedeutung zu. Mit fortschreitenden Klimaveränderungen gibt es immer mehr und immer heftigere Hitzewellen mit nur wenig Abkühlung in der Nacht. Wohlbefinden und Gesundheit der Bevölkerung sind stark beeinträchtigt – bis hin zu Kreislaufproblemen und Todesfällen.

Um auf Hitzeperioden möglichst gut vorbereitet zu sein, erstellt die Stadt im Rahmen eines vom Bund geförderten Verbundprojekts einen Hitzeaktionsplan. Projektpartner sind die Landeshauptstadt Düsseldorf und das Deutsche Institut für Urbanistik. Am Ende des Projekts soll nicht nur die Hitzeaktionsplanung für Karlsruhe stehen, sondern auch ein digitales Rezeptbuch, das andere Kommunen in Deutschland dabei unterstützt, die Hitzeaktionsplanung in ihren Bereichen voranzutreiben. Der Hitzeaktionsplan enthält konkrete Vorgaben, was von wem vor und während einer Hitzewelle zu tun ist. Dabei geht es ganz konkret um den Schutz der Gesundheit und das Wohlbefinden der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger.

3.2.9 Grünflächen, Baumpflegebedarf und Spielplätze

Trotz allem, denke ich, können wir uns glücklich schätzen, dass wir in Karlsruhe derart viel Grün, derart viele Grün-, Wald- und Naherholungsflächen, Spielplätze und Brunnen haben. Auch das ist Lebensqualität und macht die zunehmend drückenderen Sommer im Freien dann doch irgendwie erträglicher.

Klar ist: Der hohe Wohnraumbedarf führt zur Nachverdichtung der innerstädtischen Quartiere. Grünflächen im privaten und teilweise auch im öffentlichen Bereich geraten dadurch unter deutlich gestiegenen Druck. Es besteht die Gefahr, dass sich die ohnehin thermisch belasteten Gebiete weiter aufheizen. Hier sind wir daran sukzessive, zuerst in der Innenstadt, ein notwendiges Mindestmaß an

Begrünungsmaßnahmen an Gebäuden zu regeln. Anschließend sollen noch bestehende, aber bisher nicht abgesicherte geeignete Grünflächen dauerhaft als sogenannte Pocketparks erhalten werden. Wir sind dran, aber die Aufgabe ist komplex. Bei Baugebietsentwicklungen beispielsweise in Neureut III, Zukunft Nord, Esslinger Straße in Grünwettersbach und anderen städtebaulichen Konversionen und Arrondierungen erfordern deshalb einen hohen Anteil an grüner Infrastruktur mit ausgedehnten Grünflächen und umfangreichem Baumbestand. Nur durch sogenannte doppelte Innenentwicklung, also das ein mehr an Bauflächen eine attraktive Grünstruktur in hinreichender Größe bedingt, können wir unsere Stadt attraktiv und resilient halten.

Stadtbäume

Die Unterhaltung der grünen Infrastruktur stellt unter den gegenwärtigen klimatischen und haushalterischen Rahmenbedingungen eine Herkulesaufgabe dar. Wir wissen heute noch nicht, welche Baumarten dem zukünftigen Klima gewachsen sein werden, um ihre Ökosystemleistungen vollumfänglich erbringen und auch als Baumindividuen alt werden zu können. So liegt derzeit die durchschnittliche Lebenserwartung eines Stadtbaumes bei max. 80 Jahren. Vor allem in den ersten fünf Jahren muss die Wasserversorgung sichergestellt werden. Die ausgedehnten Hitzeperioden der vergangenen Jahre stellen hierbei eine enorme Herausforderung dar. Mit einem erweiterten Bewässerungsmanagement wird hierauf im Rahmen des Machbaren reagiert.

Die durch Hitze und Trockenheit gestressten Bäume im Stadtgebiet leiden vielfach unter Schädlingsbefall und müssen aufwändig und häufiger kontrolliert und das Totholz herausgeschnitten werden. Somit ist der Aufwand für Baumpflege und Baumkontrolle in den vergangenen fünf Jahren deutlich gestiegen und es wird zunehmend schwieriger, geeignetes Fachpersonal für diese Aufgaben zu finden.

Ein Element der Klimaanpassungsstrategie ist die Pflanzung von Zukunftsbäumen, die als besonders resilient gelten. Bei der Verwendung der Zukunftsbaumarten bestehen allerdings noch keine Langzeiterfahrungen, so dass die Stadt gut beraten ist, einen großen Mix an verschiedenen Baumarten zu pflanzen und die Vielfalt auch im Interesse der Biodiversität für die Fauna zu steigern. Die Anzucht in der stadteigenen Baumschule ist eine gute Basis für die Anpassung der Bäume an das hiesige Klima, bevor sie im Stadtgebiet ausgepflanzt werden.

Überdurchschnittlich hohes Niveau an Spielplätzen

Zur grünen Infrastruktur zählt auch die Ausstattung der Stadt mit Spiel- und Bolzplätzen, Calisthenics-Anlagen und weiteren Sportgelegenheiten. Hier liegen wir im bundesweiten Vergleich auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Das geht für die Stadt als Eigentümerin der Spielplätze mit enormen Verpflichtungen zur Verkehrssicherung und zu regelmäßigen Kontrollen einher. Auch die Unterhaltung ist aufwändig. Spielplätze unterliegen zum einen dem Verschleiß, aber auch Vandalismus, so dass der Unterhaltungsaufwand für die rund 576 Kinderspielplätze mit über 4600 Inventaren (Spielgeräte, Tore, Bänke, etc.) hoch ist.

Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation habe ich das Gartenbauamt um Prüfung gebeten, ob die Zahl kleinerer Bestandsspielplätze verringert werden kann, um den Unterhaltungsaufwand zu reduzieren und gleichzeitig größere und stärker frequentierte Anlagen in einen insgesamt besseren und attraktiveren Zustand zu versetzen. Inzwischen liegen erste Prüfergebnisse vor, welche Spielanlagen wenig besucht sind und wo es ein vergleichbares Angebot in der Nähe für die entsprechende Zielgruppe gibt. Diese Prüfergebnisse werden wir natürlich in den Gremien besprechen und auch Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger*innen schaffen. Im Hinblick auf die Baugebietsentwicklung werden ohnehin auch wieder neue Kinderspielplätze entstehen.

Städtische Brunnen

Auch die städtischen Brunnen tragen in besonderem Maße zu einem Wohlfühlgefühl in der Stadt bei. Spätestens im Frühjahr 2024 werden die neuen Wasserspiele auf der Südseite des Hauptbahnhofs in Betrieb gehen und die baumbestandene Platzfläche zum Verweilen einladen. Der absehbare Umbau der Platzfläche am Bernhardusplatz/Durlacher Tor wird ebenfalls zu mehr Aufenthaltsqualität führen. Auch dort sind neue Wasserspiele geplant. Die Inbetriebnahme von neuen Brunnenanlagen, Trinkwasserbrunnen oder Wasserspielen sind wichtige Maßnahmen zur Klimaanpassung. Neben der Bereitstellung kommunaler Mittel ist für die zentralen Themen der Klimaanpassung dringend zusätzliche Unterstützung von Bund und Land erforderlich.

Grünflächenmanagement

Das Grünflächenmanagement steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen: Zum einen steigen die Preise für die Pflegedienstleistungen, zum anderen macht sich in der Branche auch das fehlende Personal zunehmend bemerkbar. Auch erfordert die Biodiversitätskrise größere Anstrengungen im Hinblick auf die aufwändigere, naturnahe Mahd, die im Rahmen der finanziellen Spielräume in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden muss.

Das Gartenbauamt hat in den vergangenen Jahren viele Flächen von Wechselflor auf Dauerbepflanzung umgestellt, im Stadtgebiet rund 60 Prozent der Flächen, im Stadtgarten rund 50 Prozent der Flächen. Die Bepflanzungen in den sogenannten Schmuckbeeten konzentrieren sich mittlerweile auf die Innenstadt-nahen Bereiche und auf den Stadtgarten. Die jahreszeitlich wechselnden, überwiegend insektenfreundlichen Bepflanzungen werden von den Bürger*innen und Tourist*innen sehr geschätzt. Die Anzucht der Pflanzen ist zudem ein wichtiger Teil der Ausbildung im Gartenbauamt.

Wald

Der Klimawandel stellt für die Waldentwicklung eine besondere Herausforderung dar. Drei Monate ohne Niederschlag im vergangenen Sommer haben bei unseren Stadt- und Waldbäumen deutliche Spuren hinterlassen. Kronenteile oder ganze Bäume sterben ab. Schadensbewältigung und Anpassung sind neben der Erhaltung der Biodiversität und Risikovorsorge Kernthemen der Zukunftsgestaltung unseres Stadtwaldes.

Schadensbewältigung bedeutet für das Forstamt zum Beispiel den Einsatz von Spezialunternehmen zur Entfernung von Bäumen entlang von Straßen und weiteren Infrastruktureinrichtungen. Bäume, die in ihrer Standsicherheit gefährdet sind, müssen entfernt werden. Ein gesetzlicher und auch gesellschaftlicher Auftrag, der sich nicht aufschieben lässt, denn das Gefährdungspotenzial durch umbrechende Bäume ist im vergangenen Jahr rasant gestiegen. 2022 fielen hierunter ca. 70 % aller geernteten Bäume im Stadtwald. Schadensbewältigung und Anpassung in diesem bisher nicht gekannten Umfang erfordern hochqualifizierte motivierte Mitarbeitende und hierfür natürlich auch ausreichende Ressourcen.

Um nachhaltig weniger zu ernten als nachwächst, wurde die geplante Erntemenge um 1/3 reduziert. Gleichzeitig haben sich die Kosten für den Einsatz von Spezialunternehmen mehr als verdoppelt. Klimaanpassung und Zukunftsgestaltung für den Stadtwald bedeuten die Pflanzung und kontinuierliche Pflege klimaangepasster Baumarten, die besonders an Trockenheit und Hitze angepasst sind. Baumarten, die sowohl Lebensraum für Arten bieten, als auch Erholungsraum für Bürger*innen. Seit Beginn der Dürrejahre (2018) wurden im Stadtwald schon mehr als 73.000 neue Bäume gepflanzt.

3.3 Breitband

Wenn wir die großen Themen Klimaschutz, Klimaanpassung, Mobilitätswende in den Fokus rücken, haben wir immer auch im Hinterkopf: Egal ob Mobilität und Verkehr, Wirtschaft und Verwaltung, Arbeit und Alltag, Bildung und Forschung, Gesundheitsversorgung und Pflege: Antrieb für mehr Klimaschutz, für mehr Fortschritt, für eine höhere Lebensqualität und neue Chancen ist die Digitalisierung. Und flächendeckende, hochleistungsfähige, ökologisch nachhaltige und sichere digitale Infrastrukturen sind Voraussetzung dafür, dass die digitale Transformation Deutschlands und auch Karlsruhes umfassend gelingt.

Förderprojekt Hafengebiet – 290 Anschlusspunkte

Auch deswegen hat die Stadt Karlsruhe bereits im Juni 2019 Förderanträge im Rahmen der Breitbandförderprogramme von Bund und Land – damals noch bekannt unter „Weiße-Flecken-Förderung“ für das Hafengebiet gestellt. Nach zahlreichen Abstimmungen mit dem Fördergeber und dem ausführenden Bauunternehmen begannen die Tiefbauarbeiten für das Förderprojekt im Mai 2023. Mit einem geförderten Projektvolumen i. H. v. 11,9 Millionen Euro werden im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit mit dem Landkreis Karlsruhe auf einer Gesamt-Trassenlänge von ca. 25 km ca. 290 Anschlusspunkte im Rheinhafen erschlossen und somit zahlreichen Unternehmen die Möglichkeit geboten, sich an das neue Highspeed-Internet anschließen zu lassen.

Oktober 2022: Förderstopp Nachfolgeförderprogramm

Nachdem man bezüglich der Förderprojekte erste Erfahrungen im Rheinhafen hatte sammeln können, sollten 2022 weitere Förderanträge im Nachfolgeförderprogramm – der „Graue-Flecken-Förderung“ gestellt werden. Dies wurde an dieser Stelle im Juli 2022 beschlossen. Durch den abrupten und

unangekündigten Förderstopp des Bundes im Oktober 2022 kam es nicht dazu. Aufgrund der umfangreichen Vorarbeiten war dies mehr als ärgerlich.

Noch ärgerlicher ist allerdings die Tatsache, dass der Bund mit dem im April neu aufgelegten Förderprogramm einen Fokus auf den ländlichen Raum legt und somit größeren Kommunen Schwierigkeiten bereitet, an diesem Förderprogramm zu partizipieren. Das haben wir auch schon gegenüber dem Fördergeber kritisiert und hoffen hier auf künftige Anpassungen der Förderkulisse. Nichtsdestotrotz laufen derzeit die Vorarbeiten für eine weitere Antragstellung mit Hochdruck. Ob und in welcher Höhe die Stadt Karlsruhe Fördermittel zugesprochen bekommt, ist derzeit allerdings bedauerlicherweise nicht absehbar.

Neben dem geförderten Ausbau der Glasfaserinfrastruktur müssen Anreize für einen Breitbandausbau der privatwirtschaftlichen Telekommunikationsunternehmen geschaffen werden. Da dieser Ausbau aber den wirtschaftlichen Gesamtüberlegungen eines jeden einzelnen Telekommunikationsunternehmens unterliegt, versucht die Verwaltung vor allem über Gespräche und ihrer Lotsenfunktion diesen Ausbau zu unterstützen.

Oststadt und Kooperationen

Die Stadtwerke Karlsruhe, sozusagen unser Local Player, bauen derzeit mit ihrer Marke KA-Glasfaser die Oststadt flächendeckend mit Glasfaser aus. Der zukünftige Ausbau fokussiert sich auf werthaltige, meistens kleinere, Gebiete. Zudem wird der synergetische Ausbau mit anderen Maßnahmen verstärkt, um volkswirtschaftlich optimal zu agieren und die Unannehmlichkeiten für die Karlsruher Bürger zu minimieren.

Ein weiterer Fokus der Stadtwerke liegt auch klar auf Kooperationen mit der regionalen Wohnungswirtschaft, benachbarten Stadtwerken und anderen Internetanbietern, mit dem Ziel, Kosten zu reduzieren und den stadtweiten Ausbau von Glasfaseranschlüssen zu beschleunigen. Dazu laufen bereits Verhandlungen in verschiedenen Stadien.

3.4 Zukunft Innenstadt

Zurück in unsere Stadt, zurück in unsere Innenstadt. Unsere Innenstadt ist der Identifikationspunkt und die Visitenkarte der Stadt. Sie weist eine einzigartige Vielfalt an Angeboten für Leben und Erleben, Einkaufen und Begegnung auf. Sie bietet ein breites Nutzungsspektrum, um das viele andere Städte gerade kämpfen. Und deswegen, weil die Innenstadt Dreh- und Angelpunkt unseres städtischen Lebens ist, setzen wir hier auch weiterhin einen Schwerpunkt.

IQ-Korridorthema im siebten Jahr

Das IQ-Korridorthema Zukunft der Innenstadt befindet sich jetzt im siebten Jahr. Und dieses Jahr hat es in sich. Der Umbau ist durch die Baustellen in der Kaiserstraße nach wie vor sichtbar, und der Fortschritt ebenso – dank des unermüdlichen Engagements aller Beteiligten. Es gibt unter den städtischen Ämtern

und Gesellschaften nahezu niemanden, der nicht in irgendeiner Weise im Alltag mit den Belangen der Innenstadt befasst ist.

Strukturwandel, Leerstand, Umbau

Der Strukturwandel im Einzelhandel hinterlässt aber ebenfalls seine deutlichen Spuren. Wir sehen einen für unsere Einkaufsmeile starken Leerstand und einige Immobilien befinden sich aktuell im Umbau oder warten darauf. Dort löst sich der Investitionsstau auf, der teilweise durch eine abwartende Haltung der Immobilieneigentümer während des Baus der Kombilösung bedingt war. Gleichzeitig bildet sich darin auch der Trend zu kleineren Einzelhandelsflächen, mehr Wohnen und Büro in der Innenstadt ab.

Sanierungsgebiete Innenstadt Ost und Kaiserstraße West

Ich bin sehr froh, dass wir in dieser Situation mit den beiden Sanierungsgebieten Innenstadt Ost und Kaiserstraße West den Wandel mitgestalten können. Dabei haben wir in den nächsten Jahren finanziellen Rückenwind: Noch bis 2027 läuft das Sanierungsgebiet Innenstadt Ost. Dort sehen wir beispielsweise gerade, wie im Gebäudekomplex des Markgräflichen Palais am Rondellplatz eine Nutzungsmischung aus Bankfiliale, Gastronomie und Wohnen etabliert wird, die zur Belebung der zentralen Stadtachse via triumphalis beitragen kann. Durch die geplante Ausbildung der historischen Baufluchten und der damit verbundenen Anpassung des Straßenquerschnitts in der Karl-Friedrichstraße aber auch mit der geplanten Gartengestaltung werden zudem stadträumlich Akzente gesetzt. Inzwischen sind auch die groben Rahmenbedingungen zur Entwicklung des Postgiroareals in der Kriegsstraße 100 soweit geklärt. Ein nächstes, ebenfalls privatwirtschaftlich getragenes Zukunftsprojekt zeichnet sich damit bereits ab.

Das Sanierungsgebiet Kaiserstraße-West ist stärker von öffentlichen Vorhaben geprägt, die über das Landessanierungsprogramm (LSP) Baden-Württemberg mit einer Anschubfinanzierung von 4,8 Millionen Euro unterstützt werden. So können auch öffentliche Maßnahmen in der westlichen Innenstadt umgesetzt werden: etwa der Umbau der Fußgängerzone in der Kaiserstraße sowie der Umbau des Europaplatzes. Zudem ermöglichen uns die Sanierungsmittel, den dringend notwendigen Umbau des Technischen Rathauses umzusetzen sowie in den der Umbau der westlichen Kaiserstraße zwischen Europaplatz und Kaiserplatz einzusteigen.

Neben diesen städtebaulichen Akzenten bedarf es zukunftsfähiger Strukturen für die Zusammenarbeit aller innerstädtischer Akteure. Schon das verwaltungsinterne Management und die Abstimmung des feingliedrigen Aktionsplans City 2020-2026 zeigen dabei in besonderem Maß auf, wie wichtig das unkomplizierte Zusammenwirken der unterschiedlichsten Bereiche ist.

Förderprogramm

Einen großen Teil der Maßnahmen können wir zu 90 Prozent über das im Bundesförderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ geförderte Projekt „City-Transformation“ finanzieren. Im vergangenen Oktober hat der Gemeinderat durch die Freigabe des städtischen Eigenanteils von 600.000

Euro den Weg freigemacht. Doch ohne die Vorarbeiten und Konzeptionen, die wir im Rahmen von Zukunft Innenstadt in den Jahren zuvor erstellen konnten, wäre eine solch umfängliche Förderung kaum möglich gewesen: Wir können Fördergelder von insgesamt 4,6 Millionen Euro einsetzen.

Quartiersmanagement und Quartiersmarketing

Diese Anschubfinanzierung trägt uns noch in weiten Teilen durch den kommenden Doppelhaushalt, denn die Projektlaufzeit endet Stand heute am 31. August 2025. Welche Möglichkeiten unsere HH-Situation uns danach lässt, ist heute schwer absehbar. Wir sind sicherlich gut beraten, über ein innerstädtisches Quartiersmanagement und ein Quartiersmarketing die Basis für eine von öffentlichen Geldern unabhängige Innenstadtentwicklung zu bilden.

Maßnahmen zur Entwicklung einer multifunktionalen und resilienten Innenstadt

Zunächst aber haben wir Verfügungsfonds eingerichtet und unterstützen auch bei architektonischen Fragestellungen. Zusätzlich muss die Stadt in der Kaiserstraße vermehrt in Anmietungsmodelle zur Aktivierung von Leerständen einsteigen. Flankiert werden die Maßnahmen durch zahlreiche weitere Einzelprojekte. Und in den beiden kommenden Jahren liegt der Fokus auf der termingerechten Umsetzung der im Projekt „City-Transformation“ vorgesehenen Maßnahmen zur Entwicklung einer multifunktionalen und resilienten Innenstadt.

Limitierend wirken dabei aber unsere eigenen begrenzten Mittel, und das bezieht sich hier nicht nur auf die Finanzen, sondern vor allem auch auf die personellen Ressourcen – oder weniger technokratisch ausgedrückt: Es fehlt uns auch in diesem Bereich zunehmend an Menschen, die die vielen notwendigen Vorhaben in die Tat umsetzen können - und zwar in einem Tempo, das angesichts des rasanten Wandels notwendig wäre. Insbesondere mit den technischen Ämtern ist deshalb permanent eine Priorisierung der Maßnahmen und Abstimmung erforderlich. Und das ist dann auch immer wieder mit dem Fördermittelgeber abzustimmen. Mein Respekt und Dank an alle, hierbei mitwirken.

Der Wandel ist die neue Stabilität

Wir werden künftig noch kritischer darauf schauen müssen, was wir auf diesem Feld leisten können. Ich bin sehr froh, dass wir mit „Zukunft Innenstadt“ tragfähige Plattformen und ein stabiles Netzwerk gebildet haben, um diesen Diskurs sachlich zu führen. Denn es wäre illusorisch zu glauben, dass in einer Innenstadt irgendwann ein idealer Zielzustand erreicht werden kann, der dann für Jahrzehnte Bestand hat. Schon früher gab es ja das geflügelte Wort „Handel ist Wandel“ und heute gilt für eine City: der Wandel ist die neue Normalität, der Wandel schafft Stabilität.

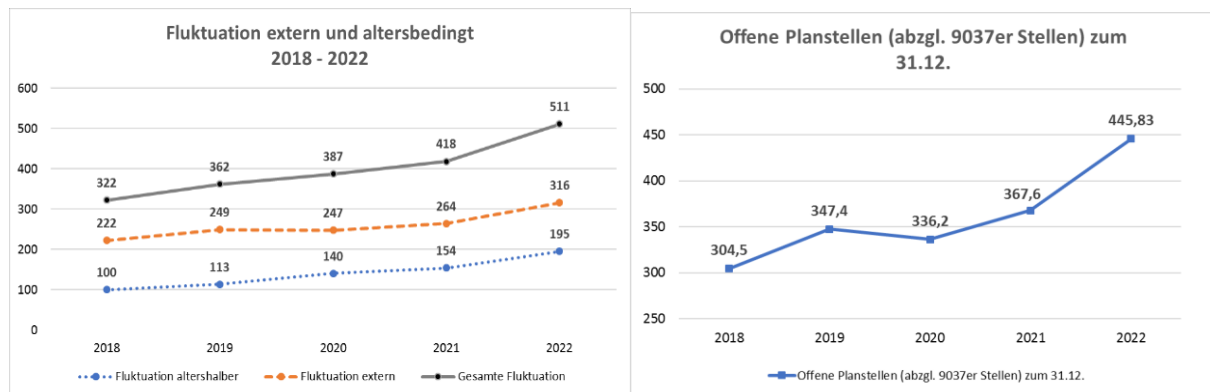
4. Verwaltung

Über die Fragen von Klimaanpassung, Mobilitätswende, Finanzierungsverantwortung und steigende Kosten hinaus sehen wir uns konkret auch als Verwaltung, als Arbeitgeberin vor spezielle und große Herausforderungen gestellt.

4.1 Demografie und Arbeitskräftemangel

Bereits aktuell ist der Arbeitsmarkt in vielen Bereichen von einem Mangel an verfügbaren Fachkräften geprägt. Auch bei der Stadt Karlsruhe ist die veränderte Lage in einigen Bereichen schon sehr deutlich zu spüren. Sei es aufgrund von Altersfluktuation oder einer höheren Wechselbereitschaft besonders bei den jüngeren Generationen.

Zum einen werden in den nächsten zehn Jahren rund 2.250 Personen das durchschnittliche Austrittsalter der Stadt Karlsruhe von 64 Jahren erreichen und somit altersbedingt ausscheiden. Dies entspricht etwa einem Drittel der aktuellen Mitarbeiterschaft. Zudem nahm die Fluktuation nach extern in den vergangenen zwei Jahren deutlich zu.



Fakt ist: Wir haben derzeit zahlreiche offene Stellen in unserer Stadtverwaltung und die Besetzung dieser Stellen wird immer schwieriger. Besonders im Erzieher*innen-Bereich, bei technischen und gewerblich-manuellen Berufen sowie beim Personal in unseren Bädern ist die Lage bereits jetzt schon sehr ernst. Inzwischen ist aber auch die tragende Säule der Kommunen, der gehobene Verwaltungsdienst, vom Nachwuchsmangel massiv betroffen, und eine qualifizierte und kompetente Stellenbesetzung wird in diesem kommunalen Kernkompetenzbereich immer schwieriger.

Es muss uns unbedingt gelingen, wirkungsvolle Strategien gegen diese dramatische Entwicklung zu entwickeln, um unseren Bürger*innen auch weiterhin einen kompetenten und effektiven Service anbieten zu können – auch im Bereich der freiwilligen Leistungen. Gelingt uns dies nicht, ist die Funktionsfähigkeit der Stadtverwaltung mittelfristig gefährdet.

Generell muss die Stadtverwaltung immer wieder neue Aufgaben erfüllen, deren Bewältigung auch mit einem Mehrbedarf an Personal verbunden ist. Wie der Anstieg der offenen Stellen deutlich zeigt, gelang es der Stadt Karlsruhe in den zurückliegenden Jahren nicht, so viel neues Personal zu generieren, wie neue Aufgaben hinzukamen. Dies wird auch an der durchschnittlichen Besetzungsquote 2022 von lediglich 92,1 Prozent deutlich.

Aufgaben- und Standardkritik

Aufgaben- und Standardkritik werden aufgrund der fehlenden personellen und finanziellen Ressourcen ein immer bedeutsameres Thema. Unsere Dienstleistungsmöglichkeiten werden sich deshalb verändern. Perspektivisch wird die Verwaltung weniger Projekte und Dienstleistungen bearbeiten beziehungsweise anbieten können.

Image als attraktive, moderne Arbeitgeberin und innovativer Ausbildungsbetrieb stärken

Um den Herausforderungen durch den Fachkräftemangel wirkungsvoll zu begegnen, ist es wichtig, das Image der Stadt Karlsruhe als attraktive, moderne Arbeitgeberin und innovativer Ausbildungsbetrieb, weiter zu stärken und mit einer zielgruppengerechten Ansprache und individuell zugeschnittenen Maßnahmen noch präsenter am Arbeitsmarkt aufzutreten.

Hierzu gehört es auch, gerade die junge Generation frühzeitig über die vielfältigen Chancen zu informieren, die ihnen eine öffentliche Arbeitgeberin wie die Stadt Karlsruhe bieten kann. Hohen Stellenwert genießt gerade nach der Corona-Pandemie der persönliche Kontakt auf Messen, Aktionstagen, im Rahmen von Praktika oder Schulkooperationen. Wir müssen präsent sein – am besten, bevor es andere sind.

Internetpräsenz und Social-Media-Auftritte

Gerade für eine altersgerechte Ansprache dieser Zielgruppe wäre es enorm wichtig, die Internetpräsenz und Social-Media-Auftritte der Stadt Karlsruhe als Arbeitgeberin zu steigern und weiter zu entwickeln, da dies insbesondere für junge Menschen bedeutende Informationskanäle sind. Ein wirkungsvolle Medienpräsenz erfordert aber eine entsprechende Ausstattung mit qualifiziertem Personal und entsprechende Ressourcen. Um nicht abgehängt zu werden, müssen wir uns hier künftig besser aufstellen.

Mit dem neuen IQ-Projekt für das Thema Personalmarketing, das zum Ziel hat, mit einer gemeinsamen und verbindenden Kampagne des Ausbildungs- und Personalmarketings alle potenziellen Bewerber*innen gleichermaßen anzusprechen und damit Synergien zu nutzen, haben wir einen ersten, wichtigen Schritt in diese Richtung unternommen. Die eigene Ausbildung von Fachkräften oder die Weiterqualifizierung eigener Mitarbeiter*innen fördert eine hohe Identifikation mit der Arbeitgeberin und ist damit eine der wirkungsvollsten Maßnahmen, Mitarbeiter*innen und Nachwuchskräfte langfristig an uns zu binden und damit dem Fachkräftemangel nachhaltig zu begegnen.

Unser Projekt „Perspektive Ausbildung“ für Geflüchtete, mit dem wir Integration aktiv unterstützen, ist eine weitere Möglichkeit, Menschen für eine Ausbildung bei der Stadt Karlsruhe vorzubereiten und als künftige Mitarbeiter*innen für unsere Stadt zu gewinnen und damit auch als soziale Arbeitgeberin wahrnehmbar zu werden.

IQ-Arbeitsweise und Arbeitsortflexibilisierung

Ich denke: Wir müssen uns als Arbeitgeberin nicht verstecken. Ganz im Gegenteil. Wir haben, da, wo es passt, die IQ-Arbeitsweise etabliert. Die Pandemie hat dafür gesorgt, dass sich unser Verhältnis zum Arbeitsort, zur Arbeitszeit sowie unseren Arbeitswerkzeugen innerhalb kürzester Zeit verändern musste. Und auch in unserer Stadtverwaltung Karlsruhe haben sich hierzu verschiedene Arbeitsmodi herausgebildet. Insbesondere das Thema der Arbeitsortflexibilisierung (Homeoffice und mobile Arbeit) hat sich in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen der Stadtverwaltung bewährt.

Neue Denkansätze und Handlungsweisen gefragt

Digitalisierung, Globalisierung, die demografische Entwicklung und ein sich veränderndes Klima haben tiefgreifende Auswirkungen auf das gesamte gesellschaftliche Leben. Dabei stellen sich die Veränderungen so komplex und dynamisch dar, dass für kommunale Entscheidungen und Weichenstellungen neue Denkansätze wie auch Handlungsweisen gefragt sind. Denn wir wollen im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit die Position Karlsruhes als nachhaltig agierende Metropole mit hoher Lebensqualität und als attraktiven Standort für Forschung und Unternehmen weiter stärken.

IQ-Arbeitsweise

Sie wissen: Die Stadtverwaltung Karlsruhe hat daher parallel zur bereits existierenden Dezernatsstruktur eine themenorientierte, ressortübergreifende Quervernetzung geschaffen, in deren Zentrum sechs für die zukunftsorientierte Stadtentwicklung zentrale Themen stehen: Zukunft Innenstadt, Moderne Verwaltung, Soziale Stadt, Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt, Grüne Stadt sowie Mobilität.

Für diese prioritären Themen ist die IQ-Arbeitsweise etabliert worden, aber sie wirkt auch auf alle anderen Themen und Tätigkeiten. Die IQ-Arbeitsweise erlaubt uns, zeitnah und adäquat auf Herausforderungen und Veränderungen zu reagieren. Einer der zentralen Erfolgsfaktoren der IQ-Arbeitsweise besteht darin, Prozesse neu zu denken, Impulse von außen aufzugreifen und strategisch zu steuern.

Kreative Lösungsansätze, verkürzte Kommunikationswege, Bündelung von Fachexpertise

Durch das Zusammenspiel von agilen Arbeitsmethoden und einer strategischen Vernetzung über Fach- und Hierarchiegrenzen hinweg, werden Synergien geschaffen und neue Potenziale erschlossen. Mit kreativen Lösungsansätzen, verkürzten Kommunikationswegen sowie der Bündelung von interner wie externer Fachexpertise schafft die IQ-Arbeitsweise adäquate Voraussetzungen, um Projekte der Stadtentwicklung zügiger und bedarfsgerechter zu realisieren. Gleichzeitig steigt die Entscheidungs- und Prozessqualität, auch dank der frühzeitigen, ganzheitlichen Einbindung des Gemeinderats, relevanter Zielgruppen sowie möglichst vieler Interessierter aus der Bürgerschaft.

So kennt die IQ-Arbeitsweise viele Gewinnerinnen und Gewinner: Der Stadtverwaltung Karlsruhe liefert sie wichtige Impulse für die Optimierung ihrer Handlungsfähigkeit, Effektivität, Mitarbeiteridentifikation und Außenwirkung. Die Stadtgesellschaft profitiert von schnellen, nachvollziehbaren und bürgernahen Entscheidungen. Karlsruhe sichert seine Zukunftsfähigkeit.

Noch stärkere Quervernetzung

Für mich steht fest: Eine starke Quervernetzung über Fachbereiche hinweg ist ein wichtiger Aspekt, der mit der IQ-Arbeitsweise bereits gelebt wird; aber er kann stadtweit noch ausgebaut werden. Denn eine stärkere Quervernetzung erlaubt uns, Probleme und Herausforderungen noch ganzheitlicher zu betrachten. Indem wir Synergien nutzen, Informationen teilen und gemeinsam Lösungen finden, können wir unsere vorhandenen Ressourcen (Personal, Finanzen) noch effektiver nutzen und auf verschiedene Bereiche anwenden.

Transformationsprojekt „Gartenbauamt der Zukunft“

Ein gutes Beispiel, das diese Quervernetzung ebenfalls praktiziert, ist das Transformationsprojekt „Gartenbauamt der Zukunft“. Hier steht seit zwei Jahren ein ämterübergreifender Expertenkreis aus Amt für Informationstechnik und Digitalisierung (IT-Amt), Personal- und Organisationsamt (POA), Verwaltungs- und Managemententwicklung (VME) und Stadtkämmerei (Stk) dem Gartenbaamt beratend zur Seite. Ziel ist es hier, eine Blaupause für weitere städtische Projekte zu entwickeln, die es erlaubt, weitere Projekte, die durch den Austausch von Fachexpertisen und einer verbesserten Kommunikation, noch schneller und effektiver erledigt werden können.

Generation Z

Vielleicht überzeugt unsere quervernetzte Arbeitsweise mögliche neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – vielleicht sind es auch die neuen Arbeitsplatzmodelle. Stichwort: mehr Flexibilität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wegfall von langen Anfahrtswegen und vieles mehr. Homeoffice oder sogar Workation-Optionen, also die Kombination aus Arbeit und Reisen, stehen weit oben auf der Agenda der „Generation Z“. Denn gerade jüngeren Generation sind ursprüngliche Anreize, wie Aufstiegschancen innerhalb eines Unternehmens, deutlich weniger wichtig als noch der Vorgängergeneration, den Millennials. "Die heute nachrückenden Generationen geben am Arbeitsmarkt zunehmend den Ton an, sind zugleich aber ein knappes Gut", sagte Arbeitsmarktexperte Julian Stahl vom Online-Netzwerk Xing. "Wer nicht über Benefits wie Homeoffice, Workation, die Kombination aus Arbeit und Urlaub, oder Sabbatical nachdenkt, wird einen Teil dieser Generation als Arbeitgeber erst gar nicht erreichen." (Quelle: https://www.zeit.de/arbeit/2023-04/generation-z-arbeitsmarkt-unternehmen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)

Reduzierung Raumbedarf

Der Wunsch nach Flexibilität hält neben einer erhöhten Attraktivität als Arbeitgeberin noch weitere Vorteile für unsere Stadt bereit: Ein hybrider Arbeitsplatz kann dazu beitragen den Raumbedarf in den Verwaltungsgebäuden zu reduzieren und die Kosten für die Infrastruktur zu senken. Durch mobiles Arbeiten können Arbeitsplätze geteilt und in anderen Räumlichkeiten flexibler genutzt werden. So können neben der Kostenersparnis neue Qualitäten der Zusammenarbeit entstehen. Die neue Arbeitskultur ist dabei kein Selbstläufer; sie braucht passende Methoden, Arbeitsweisen sowie einer gestaltend-veränderungsbereiten Haltung bei Führungskräften und Mitarbeitenden.

Als Stadt Karlsruhe haben wir hier die vergangenen Jahre genutzt: Durch die Einführung der IQ-Arbeitsweise, den LFZ-Klimacheck – unsere regelmäßige Mitarbeitenden Befragung, zahlreiche Transformations- und Digitalisierungsprojekte, einen neue Dienstvereinbarung zum mobilen Arbeiten, sowie die Einrichtung der Stabsstelle Verwaltungs- und Managemententwicklung sowie eines Amtes für Informationstechnik und Digitalisierung. Damit haben wir eine gute Grundlage geschaffen, auf der wir aufbauen können.

Bereichsübergreifendes Co-Working-Angebot

Die Möglichkeit, in wechselnden fachübergreifenden Gruppen zu arbeiten, möchten wir noch weiter unterstützen, z.B. durch die Schaffung eines bereichsübergreifenden Co-Working-Angebots, um die Vernetzung innerhalb der Stadtverwaltung noch besser zu ermöglichen. Denn diese Angebote stoßen, auch bedingt durch den Generationenwandel, auf ein immer größeres Interesse und sind ein echtes „Pro-Argument“, sich für die Stadt Karlsruhe als vielseitige Arbeitsgeberin zu entscheiden.

Insgesamt ist gesamte Mitarbeitererfahrung, auch Employee Experience genannt, entscheidend bei der Gewinnung und Bindung von Fachkräften. Im heutigen wettbewerbsorientierten Arbeitsmarkt suchen qualifizierte Fachkräfte nicht nur nach einer Stelle, die ihren fachlichen Fähigkeiten entspricht, sondern auch nach einem positiven Arbeitsumfeld und einer sinnvollen Arbeitserfahrung. Zufriedene Mitarbeitende sind eher bereit, im Unternehmen zu bleiben und fungieren im Idealfall auch als Botschafter, um neue Talente anzuziehen. Und hier kann sich die Stadt Karlsruhe durch gute Arbeitsbedingungen als attraktive Arbeitgeberin positionieren.

4.2 Die Stadt als Gemeinschaftsaufgabe

Wir sehen: Eine wirksame Bekämpfung des Arbeitskräftemangels ist nicht umsonst zu haben – es braucht pfiffige Ideen. Darüber hinaus aber, bin ich überzeugt, müssen wir auch ganz neue Wege denken und gehen: Die Stadt als Gemeinschaftsaufgabe. Nicht: „Die“ Verwaltung als Dienstleister auf der einen, die Bürgerinnen und Bürger als „Kunden“ auf der anderen Seite, sich im schlimmsten Fall auch noch konfrontativ gegenüberstehend. Wir müssen zu einem neuen Miteinander finden. Die Frage: Wie und wo können wir uns gegenseitig unterstützen, damit unser Gemeinwesen weiterhin funktioniert und weiterhin eine hohe Lebensqualität für alle ermöglicht.

Dabei muss uns klar sein: Um eine „Bürger*innenkommune“/ „Mitmach-Stadt“ zu werden, braucht es eine veränderte Haltung auch in der Verwaltung. Denn dies ist kein Selbstläufer und spart zunächst auch keine Arbeit. Denn wir Städte können immer weniger auf Vereine und Institutionen zurückgreifen, da sich das Beteiligungsverhalten der Menschen verändert hat.

Funktionierendes Quartiersmanagement, strukturiertes Freiwilligenprogramm

Die Segregation der Lebenswelten ist eine Herausforderung. Trotzdem lassen sich Menschen für ein Engagement in ihrer Stadt gewinnen. Ein funktionierendes Quartiersmanagement, ergänzt um ein

strukturiertes Freiwilligenprogramm ist ein Schlüssel hierzu. Gelingt dies, kann die Stadtverwaltung durch den Einsatz und die Kooperation mit Ehrenamtlichen auf ganz vielfältige Weise Unterstützung erfahren. Gerade in Zeiten immer knapper werdender Ressourcen besteht so die Möglichkeit, dass die Stadtverwaltung ihr Dienstleistungsangebot stabilisieren und noch zielgruppengerechter ausgestalten kann.

Einige Optionen schöpfen unsere Stadtverwaltung bereits aus. Viele Karlsruherinnen und Karlsruher engagieren sich in unserer Stadt bereits seit Jahren und Jahrzehnten erfolgreich und gemeinnützig in Vereinen und sonstigen Zusammenschlüssen und bringen sich in unterschiedlichen Bereichen mit ein. Bürgerinnen und Bürger, die sich für ihre Anliegen und das Gemeinwohl einsetzen, haben ein großes Interesse daran, die Lebensqualität in ihrer Stadt zu erhöhen und das Zusammenleben mitzugestalten. Ich bin aber überzeugt: Wir haben noch längst nicht alle Potenziale ausgeschöpft, wenn es darum geht, ob einzelne Bürgerinnen und Bürger und/oder Gruppen auch bereit wären, Aufgaben, die bisher von Beschäftigten der Stadt wahrgenommen werden, quasi ehrenamtlich und aus einer starken intrinsischen Motivation und aufgrund ihrer Verbundenheit zur Stadt Karlsruhe zu leisten.

Bürgerbeteiligung

Schon jetzt gibt es Bürgerinnen und Bürger, die sich z.B. durch die ehrenamtliche Mithilfe bei der Essensausgabe bei Schulklassen oder als Lesepaten und -paten engagieren. Da müssen wir ansetzen und auch als Verwaltung eine engere Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger überlegen. Ich denke da zum Beispiel an:

- Eine verstärkte Mithilfe bei der Betreuung von Geflüchteten
- Die Übernahme von Aufsichtspflichten als Zweitkraft bei der ergänzenden Betreuung außerhalb der Zeiten, die bereits durch die Schulen abgedeckt werden
- Die Betreuung und Unterstützung von obdachlosen Menschen, die z.B. auch die Mithilfe beim Kontakt mit Behörden beinhaltet
- Die Mithilfe bei Pflanzaktionen in unseren Wäldern oder bei der Pflanzung von Obstbäumen auf unseren landwirtschaftlichen Flächen
- Die Mitwirkung bei Veranstaltungen und Aktivitäten etwa unseres Seniorenbüros
- Der Einsatz als Volunteers bei Großveranstaltungen und Events der Stadt (wie z.B. dem FEST und dergl.) und so weiter.

Ideen gibt es genug. Wir werden alle Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit prüfen und dort, wo es geht, pragmatische Lösungen finden.

Mäzenatentum

Ich denke – wenn es um die Stadt als Gemeinschaftsaufgabe geht - auch an diejenigen, die den einen oder anderen Euro mehr im Geldbeutel haben als der Durchschnittsverdienende und die sich noch stärker

in unser Gemeinwesen einbringen könnten und das auch wollen. So führt das Kulturamt derzeit Gespräche mit Privatpersonen, um diese im Hinblick auf ein Mäzenatentum, für die Kultur zu sensibilisieren und als potenzielle Fördererinnen und Förderer langfristig zu gewinnen. In eben jenem Sinne werden zugleich mit externen Partnern verschiedene Möglichkeiten eruiert, Unternehmer*innen zu versammeln, um sich konsequenter der Kulturförderung in Karlsruhe zu widmen.

Aber Mäzenatentum, wie ich es mir vorstelle, geht weit über den kulturellen Bereich hinaus. Mindestens ebenso sinnstiftend und erfüllend kann es sein, sich mit seinen finanziellen Möglichkeiten im Sozialen, im Bildungs- oder im Gesundheitsbereich einzubringen.

„MitMachStadt. Beteiligungsangebote der Stadt Karlsruhe“

Es muss aber ja nicht gleich ein Mäzenatentum sein. Jede und jeder kann und sollte sich hier bei uns einbringen. Die städtischen Dienststellen bieten hierfür vielfältige MitMach-Angebote. In der fortlaufenden Reihe „MitMachStadt. Beteiligungsangebote der Stadt Karlsruhe“ werden in den Karlsruher Bürgerheften diese stadtteilübergreifenden Angebote vorgestellt. So wird auf die vielen Themen, die von Bürgerinnen und Bürgern in Karlsruhe auf unterschiedliche Art mitgestaltet werden können, aufmerksam gemacht.

Auch Aktionen, wie die so genannten „Dreck-Weg-Wochen“, Urban Gardening, Baumpatenschaften und Baumscheibenpflege können so zukünftig großzügig ausgebaut und weiterentwickelt werden. Das Potential ist in unserer Stadt vorhanden. So profitieren beide Seiten von der Zusammenarbeit: Stadt und Ehrenamtliche. Es werden positive, langfristige Beziehungen aufgebaut, das Gemeinschaftsgefühl „Wir für unsere Stadt“ gestärkt und gegenseitiges Vertrauen geschaffen. Ehrenamtliche werden so zu Botschafter*innen für Mitwirkung und Engagement unserer Stadtverwaltung. Dies schafft Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit, die für beide Seiten notwendig ist.

Stiftung im Bereich Nachlässe / Fundraising

Ich könnte mir im Bereich der Nachlässe auch vorstellen, eine stadtweit agierende Stiftung zu errichten. Wie sie wissen, wird die Stadt Karlsruhe von vorwiegend Karlsruher Bürgerinnen und Bürger regelmäßig im Rahmen ihrer Testamente bedacht. Meist haben die Nachlassgebenden konkrete bedürftige Anlässe im Blick, worin sie auch noch über ihre Lebenszeit hinaus sich durch eine Zustiftung oder einen Nachlass einsetzen wollen.

Ich erinnere mich dabei sehr gut an die vom Team Nachlässe organisierte Ausstellung „Marias Hut“ im Infocenter beim Hauptfriedhof. Dort wurden sowohl Portraits von bisherigen Nachlassgebenden und Großspender*innen als auch bereits durch Nachlässe und Spenden realisierte konkrete Vorhaben – von Bauprojekten wie Spielplätzen bis hin zu Kernspintomographen präsentiert.

Diese Beispiele zeigen alle, dass wir die letzten Wünsche natürlich sehr verlässlich erfüllen. In den vergangenen Jahren erleben wir zusätzlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich an uns wenden, weil sie auch noch zu Lebzeiten zielgerichtet ihre Wünsche gemeinsam mit uns festlegen wollen. Auch fordern

sie von uns immer häufiger nach, worin denn Bedarf bestünde und fragen nach konkreten Projekten, für die sie sich zum Wohle der Stadtgesellschaft einsetzen können. Dabei muss es sich nicht unbedingt nur um Nachlässe handeln, sondern auch Spenden und Zustiftungen noch zu Lebzeiten, oder eben eine Mischung von beidem, sind immer häufiger gefragt.

Diese aktuellen Entwicklungen rund um Spenden, Zu-Stiftungen und Nachlässe würde ich ganz gerne aufgreifen. Gerade die Schnittstelle zwischen Bürgerengagement und den vielfältigen Aspekten einer Stadtgesellschaft könnte durch die Errichtung einer Stiftung noch stärkere Konturen und eine verbesserte Sichtbarkeit mit entsprechender Dankes- und Würdigungskultur erhalten. Ich habe ein Arbeitsteam aus mehreren Bereichen der Verwaltung gebeten, diese Gedanken mit seinen ganzen Herausforderungen zu vertiefen und ein entsprechendes Konzept vorzubereiten, über das wir zeitnah im Gemeinderat diskutieren sollten.

5.Fazit

Eine Kommunalverwaltung will es eigentlich immer allen recht machen: politische Mandatsträger haben Visionen, gleichzeitig sollen aber auch alle anderen gewünschte Maßnahmen aus der Politik und / oder aus der Mitte der Bürgerschaft erfüllt werden. In jedem Stadtteil, in der Regel vollumfänglich, meistens ohne qualitative Abstriche. Dieses Aufgabenbündel gleicht bildlich einem riesengroßen, gebundenen Blumenstrauß mit allen erdenklichen Blumensorten und diese sind gleich mehrfach enthalten. Und einmal als wunderschön empfunden, sollte dieser Blumenstrauß im nächsten Jahr wieder gleich groß und schön sein. Ein weniger oder nicht ganz so farbenprächtig, ist von allen Beteiligten schwerlich zu akzeptieren.

Doch an dieser gedanklichen Stelle ist die Stadt Karlsruhe aktuell angelangt. Welche Blume soll es denn sein, auf welche kann ganz verzichtet werden oder zumindest weniger von der Sorte in den Blumenstrauß aufgenommen werden? Da gehen die Meinungen in der Regel ganz schön weit auseinander.

Aber genau damit müssen wir uns in der Stadtgesellschaft zukünftig stärker beschäftigen. Wollen wir mehr Ausbau unserer Kindertageseinrichtungen und wer muss welche Anteile davon finanzieren? Oder soll unser Schwerpunkt weiterhin in der differenzierten Förderung unserer vielfältigen Kulturlandschaft liegen? Oder mit welchen Mitteln lösen wir die Spannungen auf dem Mietwohnungsmarkt in Karlsruhe? Gleichzeitig erfordert bei zunehmender Alterung unserer Gesellschaft der zunehmende Fachkräftemangel gerade im Bereich der Pflege/ Betreuung neue Lösungsansätze.

Ich erinnere dabei an meine Ausführungen zur Fortschreibung unseres „Integriertes Stadtentwicklungskonzepts“ unlängst im Gemeinderat. Im Grunde genommen geht es um die Zukunft von Karlsruhe und ihren Herausforderungen der nächsten Jahre. Wie soll sich die Stadt bis 2040 entwickeln, wenn die personellen und finanziellen Ressourcen Grenzen setzen? Was sind die mit Kommunalpolitik und Gesellschaft diskutierten und gemeinsam vereinbarten und getragenen Schwerpunkte, die Priorisierungen, die wir uns dann auch nachhaltig finanzieren können?

Stärkere Zielorientierung, strategische Ausrichtung

Auch die Verwaltung selbst braucht ein stärkeres Signal der Zielsetzung. Sie erwartet eine klare Struktur der strategischen Ausrichtung. Nur dann ist es möglich, Ziele neu zu definieren, sprich den Kompass innerhalb der Verwaltung neu auszurichten und die sich immer mehr begrenzenden Personal- und Finanzressourcen an der richtigen Stelle und richtig dosiert einzusetzen. Alle Mitarbeitende, alle Fachbereiche, alle Abteilungen, alle Fachämter und natürlich auch alle Fachdezernate wollen im Grunde genommen ihre Aufgaben bestmöglich wahrnehmen, stoßen jedoch immer öfter an ihre Grenzen.

Dazu passt es auch, dass wir viel zu oft auf andere Städte schauen. Immer wenn dort etwas Kostspieliges eingeführt oder umgesetzt wird, verweisen wir im politischen Diskurs gerne auf die Stadt X oder Stadt Y. Gleichzeitig lassen wir es aber umgekehrt nicht gelten, wenn Beispiele aus anderen Städten zu einer – unserer Meinung nach – effektiveren und effizienteren Aufgabenerledigung animieren könnten.

Auch der goldene Zügel von Bund und Land, uns eine Anschubfinanzierung zu gewähren, führt in den seltensten Fällen zu einer Beendigung der Aufgabe, sobald die Finanzierung von dritter Seite ganz oder in Teilen entfällt.

Gerade die nächste Stufe (also 4. Stufe) unseres Haushaltssicherungsprozesses muss genau diese aufgabenkritischen Aspekte noch stärker berücksichtigen. Welche Schwerpunkte setzen wir, auf was kann ganz verzichtet werden, was muss (deutlich) reduziert werden? Wir werden den Ihnen bekannten „Instrumentenkoffer“ weiterhin von allen Fachdezernaten und Fachdienststellen noch umfangreicher einfordern.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften für ihre herausragende Arbeit in den zurückliegenden Jahren. Ich danke der Finanzbürgermeisterin und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadtkämmerei sowie allen in den Dienststellen daran beteiligten Mitarbeitenden für die Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfs. Und natürlich danke ich Ihnen hier im Hause, den Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträten und meinen Kollegen im Bürgermeisteramt. Vor uns liegen schwierige Beratungen. Ich freue mich auf die Diskussionen in diesem Haus.